

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1908**

27 (17.1.1908) Mittagausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großh. Baden.

Unabhängige und geleseute Tageszeitung in Karlsruhe.

Gratis-Beilagen:

Wöchentlich 2 Nummern „Karlsruher Unterhaltungsblatt“, monatlich 2 Nummern „Kurier“.

Täglich 12 bis 40 Seiten. Weitens größte Abonnentenzahl aller in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von F. Thiergarten.
Chefredakteur u. verantwortl. für Politik u. Redaktion Albert Herzog.

Anfrage: 35000 Expl.
gedruckt auf 2 Prillings-Notationsmaschinen.
In Karlsruhe und nächster Umgebung über 22000 Abonnenten.

Nr. 27.

Karlsruhe, Freitag den 17. Januar 1908.

Telephon-Nr. 86.

24. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(Schluß aus der letzten Abendzeitung der „Badischen Presse“.)

Berlin, 16. Jan. In der fortgesetzten Besprechung der Poleninterpellation betreffend die preussische Enteignungsvorlage erklärt Abg. Hecker (freis. Vgg.) noch: Er hoffe, daß das Herrenhaus die Vorlage nicht annehmen wird.

Abg. Ledebaur (Soz.): Das Vorgehen der preussischen Regierung widerspreche der Reichsverfassung. Zur Wohlfahrt des deutschen Volkes diene die Vorlage nicht.

Abg. Wähne (wirtsch. Vgg.) hebt hervor, daß es merkwürdig berühre, daß die Sozialdemokratie über den brutalen preussischen Terrorismus klage.

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Wäre der Reichskanzler hier mit seinen Gründen herborgetreten, so hätte er eine bessere Stellung. In der Gesetzgebung aller Kulturvölker sei es unerhört, mit einem solchen Gesetz an einen unjüdischen Teil der Bevölkerung heranzutreten.

Abg. Götze (natl.): Ueber allem stehe die Machtstellung des Reichs. Diese werde von den Polen untergraben.

Abg. Delfor (Eli.) hält die Vorlage für ein Ausnahmegesetz schlimmster Art, welches dem früheren Diktatirparagrafen für Elsaß-Lothringen gleiche, der nun endlich, und zwar gegen den Willen der Rechten, abgeschafft worden sei.

Abg. Dr. Rothhoff (freis. Vgg.): Die Enteignungsvorlage gehört zweifellos zur Tätigkeit des Reichstages. Er halte auch eine richtige, vernünftige Besiedelung des Ostens für notwendig und durchführbar bei einer richtigen Wirtschaftspolitik.

Abg. Dr. Rothhoff (freis. Vgg.): Die Enteignungsvorlage gehört zweifellos zur Tätigkeit des Reichstages. Er halte auch eine richtige, vernünftige Besiedelung des Ostens für notwendig und durchführbar bei einer richtigen Wirtschaftspolitik.

Abg. Dr. Rothhoff (freis. Vgg.): Die Enteignungsvorlage gehört zweifellos zur Tätigkeit des Reichstages. Er halte auch eine richtige, vernünftige Besiedelung des Ostens für notwendig und durchführbar bei einer richtigen Wirtschaftspolitik.

Abg. Dr. Rothhoff (freis. Vgg.): Die Enteignungsvorlage gehört zweifellos zur Tätigkeit des Reichstages. Er halte auch eine richtige, vernünftige Besiedelung des Ostens für notwendig und durchführbar bei einer richtigen Wirtschaftspolitik.

Abg. Dr. Rothhoff (freis. Vgg.): Die Enteignungsvorlage gehört zweifellos zur Tätigkeit des Reichstages. Er halte auch eine richtige, vernünftige Besiedelung des Ostens für notwendig und durchführbar bei einer richtigen Wirtschaftspolitik.

Abg. Dr. Rothhoff (freis. Vgg.): Die Enteignungsvorlage gehört zweifellos zur Tätigkeit des Reichstages. Er halte auch eine richtige, vernünftige Besiedelung des Ostens für notwendig und durchführbar bei einer richtigen Wirtschaftspolitik.

Es folgt die Interpellation betreffend reichsgerichtliche Regelung des Knappschaftswesens.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.) begründet die Interpellation in der der Reichskanzler gefragt wird, ob ihm die sehr erheblichen Schwierigkeiten bekannt seien, die bei der Durchführung der Knappschaftsreform besonders im Knappschaftsbereich des Oberbergamts Dortmund sich ergeben haben.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.) begründet die Interpellation in der der Reichskanzler gefragt wird, ob ihm die sehr erheblichen Schwierigkeiten bekannt seien, die bei der Durchführung der Knappschaftsreform besonders im Knappschaftsbereich des Oberbergamts Dortmund sich ergeben haben.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.) begründet die Interpellation in der der Reichskanzler gefragt wird, ob ihm die sehr erheblichen Schwierigkeiten bekannt seien, die bei der Durchführung der Knappschaftsreform besonders im Knappschaftsbereich des Oberbergamts Dortmund sich ergeben haben.

Berlin, 17. Jan. In der fortgesetzten Beratung des Militär-etats in der Budgetkommission des Reichstages erklärte auf eine Anfrage des Abgeordneten Erzberger über das Anwesenheit in den Offiziersstellen General Sigm. v. Krauß, die Frage könne nicht so ohne weiteres beantwortet werden.

Berlin, 17. Jan. In der fortgesetzten Beratung des Militär-etats in der Budgetkommission des Reichstages erklärte auf eine Anfrage des Abgeordneten Erzberger über das Anwesenheit in den Offiziersstellen General Sigm. v. Krauß, die Frage könne nicht so ohne weiteres beantwortet werden.

Berlin, 17. Jan. In der fortgesetzten Beratung des Militär-etats in der Budgetkommission des Reichstages erklärte auf eine Anfrage des Abgeordneten Erzberger über das Anwesenheit in den Offiziersstellen General Sigm. v. Krauß, die Frage könne nicht so ohne weiteres beantwortet werden.

Berlin, 17. Jan. In der fortgesetzten Beratung des Militär-etats in der Budgetkommission des Reichstages erklärte auf eine Anfrage des Abgeordneten Erzberger über das Anwesenheit in den Offiziersstellen General Sigm. v. Krauß, die Frage könne nicht so ohne weiteres beantwortet werden.

Berlin, 17. Jan. In der fortgesetzten Beratung des Militär-etats in der Budgetkommission des Reichstages erklärte auf eine Anfrage des Abgeordneten Erzberger über das Anwesenheit in den Offiziersstellen General Sigm. v. Krauß, die Frage könne nicht so ohne weiteres beantwortet werden.

Berlin, 17. Jan. In der fortgesetzten Beratung des Militär-etats in der Budgetkommission des Reichstages erklärte auf eine Anfrage des Abgeordneten Erzberger über das Anwesenheit in den Offiziersstellen General Sigm. v. Krauß, die Frage könne nicht so ohne weiteres beantwortet werden.

Berlin, 17. Jan. In der fortgesetzten Beratung des Militär-etats in der Budgetkommission des Reichstages erklärte auf eine Anfrage des Abgeordneten Erzberger über das Anwesenheit in den Offiziersstellen General Sigm. v. Krauß, die Frage könne nicht so ohne weiteres beantwortet werden.

Berlin, 17. Jan. In der fortgesetzten Beratung des Militär-etats in der Budgetkommission des Reichstages erklärte auf eine Anfrage des Abgeordneten Erzberger über das Anwesenheit in den Offiziersstellen General Sigm. v. Krauß, die Frage könne nicht so ohne weiteres beantwortet werden.

Berlin, 17. Jan. In der fortgesetzten Beratung des Militär-etats in der Budgetkommission des Reichstages erklärte auf eine Anfrage des Abgeordneten Erzberger über das Anwesenheit in den Offiziersstellen General Sigm. v. Krauß, die Frage könne nicht so ohne weiteres beantwortet werden.

Lesung wesentlich im Sinne der Vorschläge der verbündeten Regierungen. Die Anregung des Abgeordneten Wagner (kons.), den Entwurf am 1. Oktober in Kraft treten zu lassen, fand Zustimmung.

Stuttgart, 16. Jan. Der Ausschuss des Landesverbandes der liberalen Vereine Württembergs erklärt einen Antrag, in dem unter Hinweis auf die ablehnende Erklärung des Fürsten Bülow zum preussischen Wahlrecht u. a. ausgeführt wird:

Kein Liberaler könne oder wolle die innere Politik Preußens von der des Reichs trennen. Konservatives Regiment in Preußen bedeutet, konservatives Regiment im Reich.

München, 16. Jan. Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat folgende Interpellation zur Wahlrechtsfrage heute mittag eingebracht:

1. Ist der königlichen Staatsregierung bekannt, daß der Kanzler des Deutschen Reichs in der Sitzung des preussischen Landtages vom 10. Januar 1908 die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem Staatswohl nicht entsprechend bezeichnet und sich insbesondere gegen das geheime Wahlrecht ausgesprochen hat?

2. Welche entscheidende Schritte gedenkt die königliche Staatsregierung im Bundesrat gegen die von Preußen ausgehende Gefährdung der deutschen Einheit und der süddeutschen Bundesstaaten zu tun?

Berlin, 16. Jan. Die Kommission des Reichstages für den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes setzte heute die Besprechung des § 1 fort. Der Staatssekretär des Innern erklärte auf eine gestrige Anfrage Erzbergers, daß eine Mehrheit von Personen von dem Gesichtspunkt aus, daß sie von ihrem Vereinsrecht Gebrauch mache, nur denjenigen Beschränkungen unterworfen sein dürfe, welche der Entwurf selbst vorschreibe.

Berlin, 16. Jan. Die Kommission des Reichstages für den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes setzte heute die Besprechung des § 1 fort. Der Staatssekretär des Innern erklärte auf eine gestrige Anfrage Erzbergers, daß eine Mehrheit von Personen von dem Gesichtspunkt aus, daß sie von ihrem Vereinsrecht Gebrauch mache, nur denjenigen Beschränkungen unterworfen sein dürfe, welche der Entwurf selbst vorschreibe.

Berlin, 16. Jan. Die Kommission des Reichstages für den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes setzte heute die Besprechung des § 1 fort. Der Staatssekretär des Innern erklärte auf eine gestrige Anfrage Erzbergers, daß eine Mehrheit von Personen von dem Gesichtspunkt aus, daß sie von ihrem Vereinsrecht Gebrauch mache, nur denjenigen Beschränkungen unterworfen sein dürfe, welche der Entwurf selbst vorschreibe.

Berlin, 16. Jan. Die Kommission des Reichstages für den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes setzte heute die Besprechung des § 1 fort. Der Staatssekretär des Innern erklärte auf eine gestrige Anfrage Erzbergers, daß eine Mehrheit von Personen von dem Gesichtspunkt aus, daß sie von ihrem Vereinsrecht Gebrauch mache, nur denjenigen Beschränkungen unterworfen sein dürfe, welche der Entwurf selbst vorschreibe.

Berlin, 16. Jan. Die Kommission des Reichstages für den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes setzte heute die Besprechung des § 1 fort. Der Staatssekretär des Innern erklärte auf eine gestrige Anfrage Erzbergers, daß eine Mehrheit von Personen von dem Gesichtspunkt aus, daß sie von ihrem Vereinsrecht Gebrauch mache, nur denjenigen Beschränkungen unterworfen sein dürfe, welche der Entwurf selbst vorschreibe.

Berlin, 16. Jan. Die Kommission des Reichstages für den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes setzte heute die Besprechung des § 1 fort. Der Staatssekretär des Innern erklärte auf eine gestrige Anfrage Erzbergers, daß eine Mehrheit von Personen von dem Gesichtspunkt aus, daß sie von ihrem Vereinsrecht Gebrauch mache, nur denjenigen Beschränkungen unterworfen sein dürfe, welche der Entwurf selbst vorschreibe.

Berlin, 16. Jan. Die Kommission des Reichstages für den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes setzte heute die Besprechung des § 1 fort. Der Staatssekretär des Innern erklärte auf eine gestrige Anfrage Erzbergers, daß eine Mehrheit von Personen von dem Gesichtspunkt aus, daß sie von ihrem Vereinsrecht Gebrauch mache, nur denjenigen Beschränkungen unterworfen sein dürfe, welche der Entwurf selbst vorschreibe.

Gepannte Flügel.

Roman von Hedwig Abt.

(31. Fortsetzung.)

„So geht mir um des Vaters willen wieder ein Recht bei euch, irgend eines“, drängte Roland in dem lebendigen Herzen weiter.

„Ihr seid nun beide ganz allein, habt nirgendwo einen männlichen Beistand, und — es wird sich nun manches ändern bei euch — auch in den äußerlichen Verhältnissen.“ — Er stockte, rang nach Worten und hastete dieselben dann hervor, wie sie ihm leicht und einfach aus seinem Gefühl kamen:

„Alles, was ich bin und habe, verdanke ich euch, und ich sollte kein Recht haben, euch davon nur einen kleinsten Teil zurückzahlen? Ihr werdet euch nun in vielen bescheiden müssen und mir geht es gut, ich habe viel mehr, als ich für mich brauche, und was mein Ueberfluß ist, das ist euer Eigentum, das ihr euch um meinetwillen entzogen, und von eurem Eigentum da vergewissert, daß ich nur einen kleinen Teil euch zurückzahlen juche.“

„Uns unterstützen lassen von dir!“ Schreiend stieß die Steuererin es hervor, schob Elisabeths Arm von sich und war von dem Sofa, darauf diese sich zurückgezogen, wieder emporgesprungen.

„Lieber wollt' ich zehnjährig Hungers sterben, ehe ich mir nur um einen Pfennig Brot kaufe, das von dir käm! Denn zu dem Alten, was du uns angetan, ist nun noch das Neue gekommen, denn durch dich ist der Vater gestorben, sein Kranksein dankt von dem Tage an, wo er dich richtig erkrankt hat. Jawohl werden wir Sorgen haben hinfort, und Elisabeth wird eines Tages arm und einsam und schluglos dastehen, und daß du das so recht in dir empfindest, das wünscht' ich dir heute mehr noch, als ich es dir schon einmal gewünscht habe.“

Langsam, unbewegten Lones jagte es Elisabeth, den Blick vor sich niedergedrückt, und völlig fassungslos, keine Worte findend, beugte die Mutter sich gegen sie vor, sie mit den Augen fragend. Johannes Roland aber hatte, bevor sie es hindern konnte, Elisabeths Hand gefaßt und seine Stirn darüber geneigt.

„Ich danke dir, Elisabeth — ich danke dir.“ Ohne erregte Hast zog sie die Hand wieder zurück.

„Das ist kein Danken, das ist wie ein Geschäft. Und wie du's damit halten willst, das kannst du ja brieflich schreiben.“ Ihr Blick, der nach der Tür hinging, sagte ihm deutlich: „Geh nun wieder.“

Doch er empfand dieses Jahninausweisen nicht als Feindseligkeit. Das tiefe Dankgefühl, das sie mit diesem Nehmenwollen ihm gegeben, erfüllte ihn ganz, und so jagte er ihnen Lebenswohl.

Der Steuerrätin Lippen blieben fest geschlossen. Auch Elisabeth weigte nur leis den Kopf zu stummem Grinsen und stand unbeweglich auf ihrem Platze. Da ging er zur Tür hin, und wie er von dort noch einmal den Blick zurückwandte, sah er auf dem Sofa wieder nebeneinander die beiden trauernden Gestalten, wie sie bei seinem Eintritt gefesselt.

„Bist du noch da?“ sagte er und ging rasch hinaus. Zum Bahnhof ging er zurück, und auf dem Perron, wo er der Ankunft seines Zuges warten mußte, trat Lante Minchen ihm entgegen. Und sie machte kein Hehl daraus, zu welchem Zweck sie zum Bahnhof gekommen.

Todesfall war recht traurig — er hätte gut noch seine zehn Jahre leben können — freilich, sechsundsechzig war er, und mit der Leber hat er's schon immer gehabt. — Ach lieber Gott, wie könnte das jetzt alles anders sein! — Na aber — vielleicht reut sich das jetzt wieder ein, der Tod, der deßt ja vieles zu und mach't's wieder gut.“

Des Doktors Blick ging von ihr hinweg nach der Bahnhofshalle. „Ich weiß nicht recht — ich muß mich erst mal nach meinem Zug erkundigen.“

„Eine volle Viertelstunde hast du noch Zeit, ich habe genau gefragt“, sagte Lante Minchen und wußte dabei, ohne daß er ihr Antwort gegeben: es hatte sich nichts wieder ereignet, und vor sich hinmüdelnd, fuhr sie fort:

„Ja, ja freilich, wo's einmal zum Bruch gekommen ist — sie waren ja alle wie außer Rand und Band damals, die Elisabeth zumal, da half kein Zureden und nichts und hätte sich doch so gut noch alles vor den Leuten vertuschen und beschönigen lassen. Na, ich hab's Vollgolds auch gesagt gehabt: „Schreib's euch selber zu, wenn ihr's nochmal berent, so viel wie ihr Haare auf dem stoppe habt. Es hat damals ordentlich was zwischen uns gefest gehabt. Zum Begräbnis bin ich natürlich mitgewesen, aber sonst sind wir ganz auseinandergekommen. Was sie so von mir verlangt hatten: ich sollte die Klara gleich aus dem Haus jagen, ja wie konnt' ich denn das — das arme Ding war ja wie von Verstand, und nach ihrer Verlobung ist sie ja auch sofort abgereist. Und nun ist sie schon über ein Vierteljahr verheiratet. Der Herr Wallenbach, von dem hatten wir uns übrigens ein ganz falsches Bild gemacht. Das ist eine Seele von Menschen, und die Klara hat mit dem das große Los gezogen. Auf Ostern, da hat er mich selber eingeladen, daß ich sie in ihrer prachtvollen Villa, gleich bei Berlin, besuchte.“

Noch in ihre Worte hinein hatte der einfahrende Zug gepfeiffen, und demselben entgegengehend, rief sie überrascht: „Da kommt ja wohl gar dein Zug schon an, und du hab's ich bloß die ganze Zeit über geredet, und du hast kein Wort noch von dir gesagt.“

(Fortsetzung folgt.)

Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen in den Gebirgs- und Hochgebirgsorten mit den Beamten gleicher Vorbildung; von dem Verein badischer Finanzbeamten betr. die Anstellungsverhältnisse der nicht etatmäßigen Finanzassistenten.

Der Präsident machte kurze geschäftliche Mitteilungen. Es war ein Geschäftsbesuch der Abg. Reuter und Gen. betr. die Abänderung des Gesetzes vom 19. Februar 1874 und 19. Oktober 1880 über die rechtliche Stellung der Kirche und kirchliche Vereinigungen. Weiter gab der Präsident bekannt, daß an Stelle des Abg. Weggoldt Abg. Wittum zum Vorsitzenden der Kommission für Eisenbahnen und Straßen ernannt worden ist.

Abg. Dr. Binz (natl.) erstattete namens der Budgetkommission Bericht über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1908 und 1909. Ausgabe Titel I bis VII, XII und XIII, sowie Einnahme Titel I. Wenn wir die einzelnen Titel betrachten, finden wir bei fast allen Titeln Mehrforderungen zur weiteren Ausgestaltung des Justizbudgets. Man kann sich damit einverstanden erklären. In der Hauptsache sind die Mehrforderungen durch tarifmäßige Zulagen entstanden, des weiteren durch Reineinstellungen und Vermehrung der Stellen.

Zu den einzelnen Titeln ist zu bemerken: Gegen die Verordnung vom 15. Mai 1907 betreffend die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst in der Justiz und der inneren Verwaltung (Assessorienverordnung) sind vielfach Bedenken laut geworden. Die Kommission erbat von der Großh. Regierung Auskunft über die Gründe, welche für die Aenderung der bisherigen Bestimmungen über die Aufnahme der Assessorien (frühere Referendare) in den staatlichen Dienst maßgebend waren. Die Antwort der Großh. Regierung ist an die Kommission gelangt. Ein weiterer Vorschlagsdirektor soll nach Mannheim kommen, woselbst die stetig wachsende Geschäftslast die Errichtung je einer weiteren Zivil- und Strafkammer notwendig macht, zu deren Komplettierung dann weitere 2 Räte angefordert sind. Ebenso erfordern die Geschäfte beim Landgericht Heidelberg die Anstellung von zwei weiteren Richtern, nachdem schon seit längerer Zeit zwei Hilfsrichter herangezogen werden mußten. Ferner hat sich die Bestellung eines dritten Untersuchungsrichters beim Landgericht Karlsruhe als notwendig erwiesen, weshalb ein weiterer Richter für diesen Gerichtshof angefordert wird, zumal die im Jahre 1906 neu errichtete V. Zivilkammer, welcher der neue Richter zugeweiht werden soll, um einen Richter zu jeweils befehligt ist. Das Budget 1906/07 brachte unter dem Titel Staatsanwaltschaft außer einer Mehrforderung für den Sekretariats- und Kanzleibehälter keine neue Anforderung. Nunmehr soll im Hinblick auf den dauernd erhöhten Geschäftszustand in Heidelberg die dortige Staatsanwaltschaft einen zweiten Staatsanwalt erhalten; die Stelle des bisherigen Staatsanwalts wird demnach zu der eines ersten Staatsanwalts erhoben. Die Zahl der Amtsrichter erhöht sich von bisher 120 auf 123; die drei neuen Richterstellen sollen in Freiburg, Mannheim und Rastatt errichtet werden. Die Zahl der Notare bleibt gegenüber dem letzten Budget unverändert. Was die Organisation des Grundbuchwesens betrifft, so hat die Kommission in der Besprechung mit der Großh. Regierung ihre Meinung dahin ausgesprochen, daß kein Anlaß vorliege, eine Aenderung der mit erheblichen Kosten geknüpften Organisation in Erwägung zu ziehen. In Anbetracht an die Verwertung im Bericht vom letzten Landtag zu dem Titel Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege hat die Regierung auf Ersuchen der Kommission eine Darstellung der Entschädigungsfälle von unschuldig Verhafteten und Verurteilten übergeben. Beim außerordentlichen Etat wurden zu den §§ 1 Amtsgerichtsneubau in Ettlingen, 2 Amtsgerichtsneubau in Siedach und 3 Erweiterungsneubau beim Amtsgericht Schopfheim, der Kommission die gemäß Art. 4 des Staatsgesetzes ausgearbeiteten Pläne und Kostenberechnungen vorgelegt und durch den kantonischen Referenten der Ministerien mündliche Erläuterungen gegeben. Da die Einnahmen aus staatlichen Gebäuden in den Ressorts der verschiedenen Ministerien bald im Etat des Finanzministeriums, bald in den Etats der Einzelressorts, welchen die Gebäude dienen, eingestellt sind, hat die Kommission von der Großh. Regierung die Mitteilung der Grundstücke erbeten, nach welchen hierbei verfahren wird. Die Auskunft ist erfolgt. Die Budgetkommission stellt den Antrag: Das hohe Haus wolle in Ausgabe und Einnahme für die Budgetjahre 1908 und 1909 genehmigen: A. In Ausgabe: Titel I Ministerium 480 560 M., Titel II Oberlandesgerichte 507 980 M., Titel III Landgerichte 2 381 220 M., Titel IV Staatsanwaltschaft 732 980 M., Titel V Amtsgerichte 3 886 580 M., Titel VI Notariate und Grundbuchwesen 4 964 600 M., Titel VII Allgemeine Ausgaben für die Rechtspflege: a. Ordentlicher Etat 3 845 900 M., b. außerordentlicher Etat 4 020 M., Titel VIII Unterrichts- und Wohlfahrtsfonds 53 200 M., Titel XIII Verschiedene und zufällige Ausgaben 188 380 M., B. In Einnahme: Titel I Justizverwaltung 1 920 200 M.

Von verschiedenen Beamtenkategorien sind Petitionen eingegangen, die mit dem Gehaltsstarif zu beraten sein werden. Eine erhebliche Mehrforderung ist eingestellt bei dem Grundbuchwesen. Ein Teil dieser Mehrforderung wird nach Beendigung der Grundbuchumschreibungsarbeiten in Wegfall kommen. Die Budgetkommission ist der Ansicht, daß kein Grund vorliegt, einer Aenderung der Organisation des Grundbuchwesens näher zu treten. Das steht voraus, daß alle Grundbuchbeamten, auch die Hilfsbeamten, ihrer Aufgabe gewachsen sind. Die Hoffnungen, welche in dieser Beziehung gehegt wurden, haben sich erfreulicher Weise erfüllt. Zumeist muß zugegeben werden, daß es auch Ausnahmen gibt. Man muß aber verlangen, daß die Grundbuchbeamten sich ihrer Aufgabe voll gewachsen zeigen. Wenn man die Budgetsummen der Titel des Justizministeriums zusammenfaßt, ergibt sich gegen früher im neuen Budget ein Mehr von 430 085 M. pro Jahr. Demgegenüber kann aber auch darauf hingewiesen werden, daß auch die Einnahmen aus dem Justizbudget sich gehoben haben. Sie ergeben pro Jahr ein Mehr von 85 704 M. Das Bild ist demnach kein so erschreckendes, wie es auf den ersten Blick scheinen möchte. Wie in allen anderen Staaten müssen Opfer für die Rechtspflege, wenn nötig erhebliche Opfer gebracht werden. Die Kosten für die Rechtspflege dienen der Wohlfahrt des Staates und damit der Bevölkerung. Im allgemeinen ist der Etat ein beschränkender, wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt werden sind. Das Finanzministerium hätte etwas freizügiger sein sollen. Es darf anerkannt werden, daß unsere Justizverwaltung ihren Aufgaben in erproblicher Weise gerecht geworden ist. Das gleiche gilt auch von den Gerichten und Staatsanwaltschaften. Die Haltung der Regierung den Gerichten gegenüber war eine durchaus richtige. Sie hat, so weit sie auf das Gebiet der Justizverwaltung einwirken mußte, die verfassungsmäßig unanfechtbare Unabhängigkeit des Richterstandes o. l. m. beachtet, aber auch Mängel, die zur Abhilfe Anlaß geben, beseitigt. Angenehm berührt hat es, daß die Regierung darauf bedacht war, daß die Notariate der Bevölkerung gegenüber mit freundschaftlichem Rat und Unterstützung entgegenkommen. Ich freue mich auch, daß das Justizministerium, so viel an ihm lag, dafür sorgte, daß zu Schöpfen und Geschworenen Angehörige aller Berufsstände, auch Arbeiter, herangezogen werden. Ich verweise mich davon nur Gutes in förmlicher Beziehung. Es muß aber schon im Hinblick auf die Minderbemittelten dafür gesorgt werden, daß Schöpfen und Geschworenen Entschädigung erhalten. Wenn es von Reichswegen nicht geschieht, muß eben unsere Regierung dieser Frage in nächster Reihe nachtrachten. Ich freue mich auch, daß die Justizverwaltung der Anwaltschaft gegenüber eine verständnisvolle Stellung einnimmt. Das Lob, das ich dafür der Justizverwaltung aussprechen kann, bezieht sich auch auf den Rezipienten und den Oberstaatsanwalt. Die Anwaltschaft hat sich ihrer hohen Aufgabe würdig erwiesen. Die Fälle vorgekommen sind, bei denen eingeschritten werden mußte, ist nicht überaus häufig und kommt in allen Berufsständen vor. Wenn verschiedenes zum Lob der Justizverwaltung gesagt werden dürfte und konnte, so fehlt es auch nicht an der Kritik. Und in dieser Beziehung muß ich sagen, daß ich die Stellung der Regierung in der Assessorienfrage bedauere. Die Regierung hat eine Assessorienverordnung erlassen, durch welche ein numerus clausus eingeführt wird, d. h., daß nur eine bestimmte Zahl von Assessoren nach dem Bedarfe der Justizverwaltung in den Staatsdienst aufgenommen wird. Ich meine, man hätte, trotz der Schwierigkeiten, in der die Justizverwaltung sich befindet, bei dem alten Zustande be-

lassen sollen. Ich möchte die Regierung bitten, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die in Betracht kommende Bestimmung einer Revision zu unterwerfen sei. Bei der Beratung des Justizbudgets schweifen wir auch über die Grenzen unseres engeren Vaterlandes hinaus zu anderen wichtigen Fragen. Ich verweise auf die Revision der Strafprozessordnung und des Strafgesetzbuchs. Diese Revision wird mir Recht als dringlich erklärt. Als Tertium kommt dazu, die Revision der Zivilprozessordnung, die Aenderung der Gebührenordnung und der Anwaltsgebühren. Ohne des näheren auf die einzelnen wichtigen Fragen dieser Gebiete einzugehen, möchte ich betonen, daß an den Schwurgerichten festgehalten werden soll trotz mancher Mängel, die sich da und dort geltend machen. Zu bedauern ist es, wenn, wie dies in Karlsruhe vorgekommen ist, die auf dem festgestellten sind, was Gewissen und Gerechtigkeit von ihnen forderte, angegriffen werden. Es läge nahe, auf solche Dinge und auch auf Standardprozesse, die zu einer Kritik herauszufordern, einzugehen. Als bedauerlich muß man es bezeichnen, daß Angehörige höherer Stände, die den unteren Ständen mit einem guten Beispiel vorangehen sollten, Anlaß zu Standardprozessen geben. Bezüglich der in Aussicht stehenden Revision auf dem Gebiete der Rechtspflege habe ich das Vertrauen zu der Regierung, daß sie den in Betracht kommenden Interessen der Rechtspflege einschließlich der Anwaltschaft Rechnung trägt. Auch dem Wunsch auf Errichtung sogenannter Jugendgerichtshöfe möchte ich der Beachtung empfehlen. Ich wünsche, daß die Fürsorge für die Rechtspflege in unserem Volke Recht und Gerechtigkeit stärkt und fördert, daß sie die heilige gegenwärtige Ordnung schützt, der kein Volk entraten kann. (Beifall.)

Abg. Kopp (Str.): Meine Fraktion wird den Positionen des vorliegenden Budgets ausnahmslos und gerne zustimmen. Die Vermehrung der Stellen findet auch unsere Billigung. Es wird aber vielleicht einmal auch die Frage zu prüfen sein, ob nicht bei den kleineren Gerichten die Zahl der Richter vermindert werden soll. (Widerpruch.) Dem Lob, das der Berichterstatter der Justizbehörde ausgesprochen hat, kann ich mich in vollem Umfang anschließen. Wir haben einen achtbaren und hochachtbaren Richterstand und Notarstand. Sie, wie auch der mittlere Beamtenstand, zeichnen sich durch Pflichttreue und Kenntnis aus. Daß die Grundbuchorganisation nicht geändert werden soll, ist auch mein Standpunkt. Was die Assessorien betrifft, so belegen sie sich über die allgemeine Lage und darüber, daß die, welche verwendet sind, zu geringe Bezüge haben. Es hat mich gefreut, daß der Berichterstatter die Assessorienverordnung mißbilligt hat. Diese Verordnung gibt zu ersten Bedenken Anlaß. Es kann gar nicht ausbleiben, daß Mängel, die jetzt nicht in Frage kommen und die bei der Anstellung keine Rolle spielen sollten, in der Zeit hochgehender politischer Leidenschaft, ihre Wirkung ausüben werden. Das Gelehrtenproletariat, das durch die Assessorienverordnung geschaffen wird, kann eine große Skandalmittel werden. Die nicht angenommenen Assessorien sollen sich der Anwaltschaft zuwenden. Ich glaube, die Anwaltschaft kann es sich verbiten, daß man ihr zwangsweise den Ausbruch der Juristen zuführt. Ich glaube zu Gunsten der Regierung annehmen zu dürfen, daß sie sich der Schwere der Verordnung bei deren Erlassung nicht bewußt war. Man darf hoffen, daß die Regierung, wenn sie die Stimmung des Hauses kennt, zu der Ueberzeugung kommt, daß die Verordnung aus Gründen der Billigkeit und Gerechtigkeit Angesichts der bisherigen Praxis nicht wird aufrecht erhalten können, besonders da nicht einmal Uebergebungsbestimmungen vorhanden sind. Ein besonderer Mißgriff ist dabei der geschaffene Unterschied in der Titulatur. Der sogenannte einfache Assessor wird dadurch in seinem Fortkommen sehr behindert. Die Regierung hätte, ehe sie die Verordnung erließ, die Vollvertretung hören sollen. Der Redner kam sofort auf die Revision der Strafprozessordnung und der Zivilprozessordnung zu sprechen und wendete sich dabei gegen die Beibehaltung der Schwurgerichte, an deren Stelle die erweiterten Schöffengerichte treten sollten, und gegen die Erweiterung der Kompetenz der Amtsgerichte. Er richtete an die Regierung die Anfrage, welche Stellung sie zu einer Revision der Zivilprozessordnung einnehme.

Abg. Meyer (natl.) kam in eingehender Weise auf die Entwicklung des Notariats und Grundbuchwesens zu sprechen und wies auf eine von dem Notarverein in Mannheim angenommene Resolution zu sprechen, in der ausgedrückt wurde, daß die beherrschende Tätigkeit der Amtsgerichte, die uralte Tätigkeit der Notare zu fallen soll. Der Gedanke einer einheitlichen Organisation des Notariats ist vielfach angeregt worden. An der heutigen Organisation des Grundbuchwesens wollen die Notare nicht rütteln. Sie haben sich abgefunden mit der jetzigen Grundbuchorganisation. Der Notar wird unter der neuen Verordnung auch das sein und bleiben, was er früher war, ein treuer Berater unserer Bevölkerung. (Beifall.)

Abg. Müller (Dem.): Die Natur unserer Verfassungsgegenstände bringt es mit sich, daß wir Fragen behandeln, die unmittelbare badische Angelegenheiten betreffen und auch solche, die mit den badischen Verhältnissen nur mittelbar im Zusammenhang stehen. Auf Wünsche, die mit dem Gehaltsstarif zusammenhängen, will auch ich nicht eingehen, aber ich muß doch auf eine Angelegenheit eingehen, die einen Erlaß des Justizministeriums betrifft. Es muß bestritten werden, daß in einer Zeit der Not, in der die Regierung Veranlassung trifft, ihre Beamten aufzubessern, das Justizministerium einen Erlaß hinausgibt, durch den der Justizdienst, und Genußdienst beschränkt und damit die Amtsdienerschaft in ihrem Gehältereinkommen geschädigt werden. Man schränkt hier die Bezüge von Leuten ein, die an sich schon keine hohen Bezüge haben. Die Regierung möchte ich ersuchen, zu erwägen, ob dieser Erlaß nicht zurückzunehmen ist. Leuten, die nichts überflüssiges haben, sollte man nicht etwas nehmen. In der Zeit, in der die mittleren Beamten des Justizdienstes ist auf eine alte Verordnung hingewiesen worden, die den Aktuellen das Leben verbietet. Diese alte Verordnung sollte doch endlich aufgehoben werden. Die Wünsche der Berichterstatter auf Erhöhung ihrer Vorbildung und die Gleichstellung dieser Beamten an den Amtsgerichten und an den Landgerichten unterließe auch ich. Die Assessorienfrage ist von den beiden Vorrednern schon eingehend behandelt worden und ich gehe deshalb auf dieselben nicht mehr ein. Dem, was die Abg. Binz und Kopp in dieser Beziehung sagten, kann ich nur beitreten. An den Schwurgerichten muß festgehalten werden. Man sorge aber dafür, daß nicht das Kapital, sondern die Intelligenz auf der Geschworenenbank sitzt. Wenn die Geschworenenbank so besetzt ist, werden manche Verhandlungen gegen die Schwurgerichte verschwinden. Auch heute möchte ich auf die Dringlichkeit des Baues eines neuen Landgerichts in Offenburg hinweisen. Schon früher ist mir von Seite der Regierung die Zusage gemacht worden, daß ein Betrag für das neue Offenburg Landgericht eingestellt worden. Ich habe das damals in meiner Freude nach Offenburg telegraphiert. Was heute ist aber dieser Betrag nicht eingestellt worden und man muß sich fragen, ob man das noch erleben wird. (Beifall.) Ich möchte die Regierung heute nochmals auf die Notwendigkeit der Errichtung eines neuen Landgerichts in Offenburg aufmerksam machen und sie dringend ersuchen, diesem Verlangen endlich Rechnung zu tragen. Ueber die Frage der Strafprozessreform habe ich mich vor zwei Jahren schon eingehend ausgesprochen. Auf jeden Fall muß man wünschen, daß wir einen Reformvorschlag bekommen, das diesen Namen aus verdient. Die Regierung möchte ich bitten, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß das Voruntersuchungsverfahren besser ausgestaltet wird und eine bessere Wahrung der Verteidigung in diesem Verfahren eintritt. So ist es vorgekommen, daß nach § 81 der Strafprozessordnung der Verteidiger im Falle der Aufgefordert wurde, sich innerhalb dreier Tage zu äußern, ob er in eine psychiatrische Klinik untergebracht werden solle, obwohl der Verteidiger, trotzdem schon vier Monate seit der Verhaftung des Bau verfloßen waren, noch keine Aktenansicht erhalten hatte. Er war deshalb auch außer Stande, sich zu äußern. Es müssen also Vorkehrungen getroffen werden, durch welche die Rechte der Verteidigung besser gewahrt sind. Der Redner ersuchte die Regierung bei der Reform der Strafprozessordnung im Sinne seiner Ausführung im Bundesrat zu wirken und kam dann des Näheren auf die Reform der Zivilprozessordnung zu sprechen. Es kann diese Reform nicht einseitig und nicht für die Amtsgerichte allein durchgeführt werden, auch nicht auf

Kosten der Solidität des Rechtsanwaltsstandes. Wenn die Reform finanzgemäß und kein Stück und Flickwerk sein soll, muß man sie auch auf die Landgerichte ausdehnen. Die Reform muß so gestaltet werden, daß sie den Interessen einer gesunden und arbeitlichen Rechtspflege dient. Darnach wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: Freitag 1/10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung.

Karlsruhe, 16. Jan. Wie verlautet sollen die Bestimmungen betr. die Vergütung über die Gewährung von Vätern der Beamten für die Übernahme auswärtiger Dienstgeschäfte dem gegenwärtigen Anforderungen entsprechend umgearbeitet werden. Die betreffenden Gesetzentwürfe sollen noch dem gegenwärtigen Landtage zugehen.

Tages-Rundschau. Deutsches Reich.

Berlin, 16. Jan. Seit dem 1. Januar d. J. haben nach einer Bekanntmachung des Reichszensors die Militärminister keinen Anspruch auf Militärfahrkarten, sofern es sich um Reisen zu Erwerbszwecken handelt.

Darmstadt, 16. Jan. Die Ausbarmachung der gesamten Wehrkräfte Hessens zum Wohl des Landes bildet nach einer Erklärung des Ministers Braun in der Zweiten Ständekammer zur Zeit Gegenstand erster Erörterungen für die Regierung.

Stuttgart, 16. Jan. Gegenüber den Meldungen bayerischer Blätter, der König von Württemberg habe gegen den General Reim Stellung genommen, erklärt der „Schwäb. Merkur“: Der König gehört zu den zahlreichsten Proletaren, die auf dem Standpunkte stehen, ein Entschloßener könne erst getötet werden, wenn die Hauptversammlung in Rastatt gesprochen hat.

München, 16. Jan. Der Prinzregent hat bekanntlich den zum Tode verurteilten Riederhoffer begnadigt, ebenso wie den wegen Mordmordes zum Tode verurteilten Dienstmädchen Wehmann. Seltene Mütter wollen wissen, daß der Prinzregent bei dieser Gelegenheit ausgesprochen habe, er werde überhaupt kein Todesurteil mehr unterschreiben.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. Berlin, 16. Jan. Nachdem Ministerpräsident Fürst Bülow heute seine Erklärung zur polnischen Entlassungsverordnung abgegeben, erklärte im Namen der freisinnigen Volkspartei Abg. Keruth, daß sie mit den Polen in Frieden leben wollen und die Verträge abschließen. Justizminister Bessler bestritt, daß die Entlassung verfassungswidrig sei.

Schließlich wird gegen Freisinnige, Polen und Zentrum Artikel 1 Ziffer 1 in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso die Ziffern 2 bis 7, die fast durchweg durch die Einföhrung bedingte redaktionelle Änderungen des Textes betreffen. Schließlich wird auch der Kompromissantrag der Rechten und der Nationalliberalen mit 198 gegen 119 Stimmen angenommen, sowie der Rest der Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen.

Nächste Sitzung Samstag. Tagesordnung: dritte Tagung der Polen-Vorlage, Fortsetzung der 2. Lesung des Etats.

Frankreich. Von Paris.

Paris, 16. Jan. (Tel.) Zu Beginn der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer sprach Präsident Brisson der Kammer seine Befriedigung darüber aus, daß sie das Reformwerk so weit vorberichtet habe, um noch in diesem Jahre die Abstimmung vornehmen zu können. Wenn die Republik auch schon viele demokratische Reformen eingeführt habe, dürfe sie doch auf dem beschrittenen Wege nicht stehen bleiben. Darauf nahm die Kammer die Beratung über die Einkommensteuer wieder auf. Jaurès erklärte sich mit der Festsetzung seiner Interpellation über Barolle auf den 24. Januar einverstanden in der Hoffnung, daß bis dahin keine neuen Schwidlungen für Frankreich eintreten werden.

Der Finanzminister versprach, sein möglichstes zu tun, um das Budget für 1909 im Laufe des Februars einzubringen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Zu Senat wurde der bisherige Präsident Dubouf wiedergewählt.

Belgien.

Brüssel, 16. Jan. Der holländisch-belgische Ausschuss erklärte sich einstimmig zu Gunsten der Vereinfachung der holländisch-belgischen Verhältnisse sowie der Festsetzung des Briefpostes zwischen beiden Ländern auf 10 Zentimos.

Brüssel, 16. Jan. (Tel.) Infolge der zunehmenden Erkrankungen an Typhus, veranlaßt durch den Genuß von Austern hat ein Abgeordneter in der Kammer eine Anfrage an den Landwirtschaftsminister gerichtet, um zu erfahren, welche Vorkehrungsregeln er zu treffen gedenkt, um diese Epidemie zu bekämpfen. Es werden Einfuhrbeschränkungsmaßnahmen betreffend Nüchternheit, Verkauf und Transport von Austern.

Ämtliche Nachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 10. d. M. gnädigst geruht, den praktischen Arzt Karl S a u g e r in Seelbach zum Bezirksarzt in Eppingen zu ernennen.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 17. Jan. Nachdem der nationalliberale Abgeordnete Professor Rohrbach abgelehnt hatte, in den Oberlehrer einzutreten, ist der bisherige Direktor des hiesigen Lehrerseminars Dr. Karl Armbruster in das Kollegium des Oberlehrers berufen worden, wo er das Rektorat für das Volksschulwesen zu übernehmen hat. Armbruster ist 43 Jahre alt. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Weggoldt, der über 20 Jahre lang nationalliberaler Abgeordneter war, ist Armbruster politisch noch nie hervorgetreten. Der Vater Armbrusters war früher selbst Oberlehrer. (Str. P.)

Mannheim, 16. Jan. Auf der am Samstag den 11. d. Mts. in Düsseldorf stattgefundenen Ausstellungs-Konferenz ließ der Verband Süddeutscher Industrieller durch seinen Verbands-Syndikus erklären, daß seine von ihm durch Rundschreiben befragten württembergischen, badischen, elsässischen und pfälzischen Mitglieder sich zum größten Teil gegen eine Beteiligung an den geplanten vier Weltausstellungen in Brüssel, Turin, Buenos-Aires und Tokio ausgesprochen hätten; es hätten sich 80% vollkommen ablehnend verhalten und nur 20% sich teilweise zur Beteiligung der einen oder der anderen der genannten Ausstellungen direkt bereit erklärt, teilweise unter der Bedingung, daß eine Kollektivausstellung ihrer Branche zustande käme. Hieraus ergab sich, daß die süddeutsche Industrie zum größten Teile ausstellungsmüde sei, daß sie sich von Weltausstellungen wenig Vortheile verspreche, sogar bei Anwendung großer Mittel für die Beschädigung Schädigung durch Nachahmung ihrer ausgefeilten Erzeugnisse befürchte. Nicht unerwähnt dürfe bleiben, daß die infolge Abwägung der Konjunktur jetzt härter hervortretenden Folgen unserer Zollpolitik das ungünstige Ergebnis der Rundfrage mit beeinflusst hätten. Der Verband Süddeutscher Industrieller beantragte, man möge die Mittel, welche man für die Beschädigung der genannten vier Ausstellungen aufwenden wolle, für die Errichtung einer Außenhandelsstelle für die deutsche Industrie zur Verfügung stellen. Dadurch würde man der deutschen Industrie und dem Handel entschieden mehr nützen! Weit empfehlenswerter, wie die Beteiligung an Weltausstellungen, sei die Veranstaltung deutscher industrieller Fach-Ausstellungen. Trotzdem dürfe es als zweifellos

... dass auch die südbadische Industrie, — wenn national oder poli- tische Beweggründe die Beteiligung Deutschlands und der deutschen In- dustrie an dieser oder jener der genannten vier Weltausstellungen er- zögern, der Rheinisch-westfälischen Industrie an Opferwilligkeit nicht nach- stehen würde.

Manheim, 16. Jan. Der Kammerherrgast V. der 2. Kompanie des hiesigen Grenadierregiments ist Lt. N. Manns, "Vollst." am Samstag mit einer seiner Geliebten nach Zürich defertiert. In Zürich angekommen, telephonierte er seinem Hauptmann, daß er sich nun in der freien Schweiz befinde. Eine Auslieferung des Flüchtlings wird schweizerischerseits nicht ge- sehen.

Freiburg, 16. Jan. Der Katholische Arbeiterverein hielt eine Protokollversammlung gegen die Verschlechterung des badischen Vereins- und Versammlungsrechts ab. In der einstimmig angenommenen Resolution wird gesagt, falls die Vorlage nicht für das ganze Reich freigegeben werde, sollten die Vor- schriften über gewährte Freiheiten als Mindestvorschriften be- zeichnet werden, so daß die einzelnen Bundesstaaten weiter- gehende Freiheiten gestatten können.

Duggingen, 16. Jan. In der Futterschneidmaschine verunglückte hier ein vierjähriges Kind, welches mit seinen Hän- den zu nahe an dieselbe gekommen war. Dem bedauernswerten Kind wurden drei Finger glatt abgeschnitten.

Donndorf, 16. Jan. Der auf dem hiesigen Bahnhof auf- gestellte Warenautomat von Stollwerck in Köln wurde seit eini- gen Wochen mittels Messing- und Blechplättchen bestohlen. Laut "Altbote" gelang es nun gestern dem hiesigen Wachtmeister Waller, den Dieb in der Person eines sehr vermögenden, hiesigen älteren Privatiers zu ertappen. Derselbe hatte sich, wie sich später herausstellte, extra zu diesem Zwecke unter einem Vorwand bei einem hiesigen Mechaniker Blechplättchen anfertigen lassen. Man vermutet, daß auch anderweitig Automaten auf diese Art von ihr geplündert worden sind.

Leopoldshöhe, 17. Jan. (Tel.) Die Zollbehörde kam in Leopoldshöhe einem umfangreichen und planmäßig angelegten Sacharinschnuggel auf die Spur. Einem Beamten gelang es, eine große Sendung zur sofortigen Verschickung verpacktes Sacharin auf dem Transport zu beschlagnahmen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, weitere stehen bevor.

Konstanz, 16. Jan. Die Frage der Herstellung einer Bahner- bindung Konstanz—Weinheim—Wahl bildete gestern Gegenstand ein- gehender Beratung im Schöße des hiesigen Bürgerausschusses. Vom Gemeinderat lag ein Antrag vor, es solle der Bürgerausschuß außer der bereits bewilligten Subvention von 567 000 M zur Finanzierung der Bahnerbindung Konstanz—Weinheim—Wahl noch eine weitere Sub- vention von 300 000 M zu 3 Proz. verzinslich, un kündbar auf 10 Jahre, durch Kapitalaufnahme bei Groß- Amortisationskasse beschafft und dieses Verleihen mit denselben Bedingungen unter Bürgschaft des A. Schaff- hausen'schen Bankvereins, Bankvereins in Köln, der Westdeutschen Eisen- bahngesellschaft in Köln zur Zeichnung des noch fehlenden Aktienbetrags von 250 000 Fr. überlassen. Dieser Antrag wird mit allen gegen 6 Stimmen angenommen.

Aus der Heimat.

Karlsruhe, 17. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing gestern vormittag den Ministerialpräsidenten Geh. Rat Frdn. v. Bod- man zur Vortragserstattung. Nachmittags hörte Seine königliche Hoheit den Vortrag des Legationsrats Dr. Seyb.

Das Radfest im Stadtpark. Wir haben hier selten Gelegen- heit, ein Fest zu veranstalten zu können, ist dies einmal der Fall, so langweiligt sich das Interesse aller Freunde des Stadtparks an dieses Fest, und es entsteht eine wahre Völkerwanderung nach dem Stadtpark. Die Stadtwartung kam mit der Veranstaltung gerade noch recht, denn der angelegte Witterungsumschlag ist heute Nacht ein- getreten. Das Thermometer wies heute morgen 7 Uhr + 3 Grad Celsius auf. Während der Winter in den letzten Tagen seine Herrschaft über fast strenge Kälte und rauhe Winde ausübte, zeigte er sich gestern von einer angenehmen Seite. Weiche, reine Luft und wärmender Sonnenschein machten den Aufenthalt im Freien zu einem angenehmen. Es konnte deshalb nicht Wunder nehmen, wenn sich zu dem gestern Abend im Stadtpark veranstalteten Eis-Radfest Freunde des Winterportes sehr zahlreich eingefunden hatten. Mit und Jung waren herbei- geeilt um in der frischen Natur den Nerven neue Spannkraft zu geben. Wärenddessen erglänzten die bunten Lampen rings um den See und langtummelte man sich noch den Klängen lustiger Weisen der Trillerie-Kapelle Nr. 50 unter Meister Schottes bewährter Leitung. Überall mochte man blide sah man rote, frische Wangen und blühende Lippen. Schnell verflohen die Stunden und als gegen 10 Uhr weithin- hallend das "Eisbahn verlassen" ertönte, mochten die Besucher sich nur ungern von der Bahn trennen. Nur langsam lernte sich die Eisbahn. Biele, die glaubten, auch heute noch dem Schlittschuhlauf huldigen zu können, hat der Wintergast nun einen Stich durch die Rechnung ge- macht. Die Eisbahn des Stadtparks, sowie die auf dem Weisplatz sind, wie uns mitgeteilt wird, heute nicht mehr benutzbar.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Heidelberg, 16. Jan. Zum Prorektor für das neue am 15. März beginnende Amtsjahr wurde am letzten Samstag der Professor der Physiologie, Geh. Hofrat Dr. Albrecht Kofel gewählt.

München, 16. Jan. (Tel.) In der Luftpolgaruppe der ange- sehenen Münchener Künstler-Bereinigungen, die sich aus etwa 40 aus- übenden Münchener Künstlern u. 40 außerordentlichen Mitgliedern zu- sammenfetzt, haben 20 aktive Mitglieder ihren Austritt erklärt. (B. Z.)

Damburg, 17. Jan. (Tel.) Der Senat beantragte bei der Bürgererschaft die Bewilligung von 30 000 M für die deutsche Robert Koch-Stiftung.

Vermischtes.

Berlin, 17. Jan. (Tel.) Durch eine verirrte Granate vom Tegeler Schießplatz ist gestern das Restaurant Merens in Saaswinkel gehörige Wohnhaus des getrennten Menschen wurden nicht verletzt. Das Wohnhaus und die Einrichtung wurden durch Granatplitzer stark beschädigt.

Dresden, 16. Jan. (Tel.) Heute mittag gegen 12 Uhr erschöpf in einer Dachwohnung hier selbst der 30 Jahre alte Bierausgeber Jolly Hofmann seine beiden Kinder, ein 4 Jahre altes Mädchen und einen anderthalbjährigen Knaben und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Nachbarn, die die drei Schüsse hörten, ließen die Wohnung gewaltsam öffnen und fan- den alle drei bereits "erstickt" vor. Die Mutter der Kinder betrat wenige Augenblicke später die Wohnung. Sie kann sich das Motiv der Tat nicht erklären. (V. A.)

Kölln, 16. Jan. (Tel.) Bei der geistigen Treib- jagd in Bällmersdorf entlud sich durch Versehen das Gewehr des Bauern Kloofe. Die Ladung drang dem neben ihm stehenden 16jährigen Treiber Fischer in die Seite und zerriß die Lunge. Der Verletzte starb nach einer Stunde. Kloofe richtete aus Ver- zweiflung darüber die Waffe gegen sich selbst und erschöpf sich.

Der Verein für Verbesserung der Frauenkleidung kündigt seinen 4. Vortragabend an, der Freitag den 17. Januar, abends 8 Uhr, im großen Entschloßsaal stattfindet. Um dem so oft gegen die "neue Tracht" erhobenen Vorwurf allzugroßer Kostspieligkeit zu begegnen, hat sich die Vereinsleitung entschlossen, einen sogenannten "billigen Abend" zu veranstalten. Nur Kleider, die mit Ausstattungs- und Herstellungskosten nicht teurer als auf 40 M zu haben kommen, sollen vorgeführt werden. Zugleich werden in allgemein verständlicher Weise die Haupt- punkte erwähnt werden, auf die man bei der Herstellung der "neuen Tracht" zu achten hat. Frau Emilie Gadenbach wird die einleitenden Worte sprechen. Der Vortrag findet unentgeltlich statt. Jedermann, auch Herren, sind freundlich eingeladen.

Groß-Konseratorium für Musik. Das vierte, am 14. Januar stattgehabte Vortpiel der Ausbildungs-Klassen hatte folgenden Programm: 1. Präludium und Fuge, e-moll, op. 72 von J. Raff (Fräulein Emma Bangner). 2. Violin-Konzert Nr. 4, A-dur, 1. Satz, von F. Knecht (Fräulein Paula Zule, Begleitung: Fräulein Mathilde Richter). 3. Klavier-Konzert, op. 89, h-moll, 1. Satz, von J. A. Hummel (Fräulein Amalie Müller, Begleitung: Fräulein Vera Abner). 4. a) "Die Melodien nicht es" von Joh. Brahms, b) "Meine Lippen kennen sie" von Margarete Schwitter (Schülerin der Anstalt), c) "Weyla's Ge- sang" von Hugo Wolf (Fräulein Ella Hartmann, Begleitung: Fräulein Anna Zöllh). 5. a) "Wiegenlied" von A. Henckell, b) "Liedeswälder" von R. Moszkowski (Fräulein Luise Raebler). 6. Scherzo, eis-moll, op. 39, von Fr. Chopin (Herr Joseph Schmid). Das nächste Vortpiel (Vorbereitungs-Klassen) findet Dienstag den 21. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Konzertsaal der Anstalt statt.

Vogelausstellung. Der Bund bad. Vereine für Kanarienzucht und Vogelzucht hält unter Leitung des Zuchtvereins Eder Kanarien- Korkeube e. V., am 18., 19. und 20. ds. Mts. im Hotel Café Wapod eine große Vogel-Ausstellung ab, die mit Kränzierung und Verlosung verbunden ist. Hierzu sind nur Papageien, prima Kanarienvögel und dem Zweck entsprechende Käfige zur Verfügung angeliefert worden. Die- jenige der Name des Bundes sagt, pflegt derselbe die Liebhaber der Kanarienzucht und des Vogelzuchtens. Erwähnt sei, daß diese Ausstellung nicht mit einer kleinen Lokal-Ausstellung zu verwechseln ist, da nicht nur vielfach Gelehrte, sondern auch Gelehrte, sowie ver- schiedene Sing- und Ziervögel aus allen Weltteilen, als auch Sammlungen ausgefertigter Vögel und Tiere, Schmuckstücke und Käfige zur Schau gestellt werden. Wie schon oben angeführt, wird bei dieser Aus- stellung, welche nur von den ersten Jägern und Liebhabern unseres Vaterlandes besucht wird, nur das beste Material den Besuchern zur Schau gebracht werden; der Besuch dürfte sich daher bestens empfehlen. Jedem Besucher ist hier Gelegenheit gegeben, für wenig Geld die Aus- stellung zu besichtigen und derjenige, dem Fortuna hold ist, wird sich an einem prächtigen Gewinn zu erfreuen haben, wofür der reichhaltige Glückshafen die beste Gewähr bietet.

Vogelzucht. Die Vögel vermehren sich in erschreckender Weise, fast alljährlich werden ihrer weniger. Nehme das ja niemand leicht, denn der Verlust trifft jeden von uns, nicht nur den Liebhaber und Tier- freund, nicht nur den Fortmann und Landwirt, wenn auch gerade für diese die Bedeutung der nützlichen Vögel groß ist, haben doch schlagende Resultate erwiesen, daß z. B. der Dohle viel größere und regel- mäßigere Ernten ergibt, wenn genügend Vögel da sind, dem Insekten- fraß zu wehren. Wir sehen die Schönheit und Eigenart unseres Vaterlandes, sowie die Veredlung unserer Heimat auf das Spiel, wenn wir nicht zur Erhaltung der Vögel beitragen. Mit den Vögeln würde Wald und Flur ihren Hauptreiz und ihr frischestes Leben verlieren. In den Vogelstimmen spricht die Natur in ihren lieblichsten und verständ- lichsten Lauten zu uns. Was wäre der Wald ohne Finkenflügel, das Feld ohne Lerchengesang, die blühenden Heiden ohne die Grasmücken- und Wachtel, wenn wir uns nicht bald rühren, dann verflucht bei uns der Nachtigall süßes Lied für ewig! Und wach! ein Genus, dem hoch in blauen Lüften treisenden Raubvogel mit dem Auge zu folgen, wach! unerschütterlicher Augenblick, den wir aus buntesten Gesteinen zusammengefügtens Eisvogel auf schwanfender Gerte über dem rieselnden Bach sitzen zu sehen, ein Bild aus dem Märchen! Auge und Ohr bieten die Vögel einem unerschöpflichen Reichtum der Erregung. Soll dieser Reichtum der bitteren Armut Reich machen? Immer und immer fangen in den Volksliedern die Vogelstimmen wieder, aus alten Sagen her rauscht der Vogelzug in unser Leben hinein, und die geheimnis- vollen Rhythmen haben in dem poetischen Herzen unserer Kinder ein neues Heim gefunden. Können wir aber auch den Vögeln helfen? Ja, wir können es, und jeder kann das Seine dazu tun. Nicht Italien mit seiner alljährlichen Massenverflüchtung ist schön, denn auch die das ganze Jahr bei uns bleibenden Vögel nehmen ab, und von den Zugvögeln gerade die in Italien meilens am meisten gefangenen Lerchen am wenigsten. Nicht Raubtiere sind schuld und nicht die Vogelfänger. Schuld ist vielmehr unsere Achtslosigkeit und Rücksichtslosigkeit bei all unseren Maßnahmen. Wir wissen nichts von den Vögeln und denken darum nicht an sie. Das ist der wahre Grund ihres Aussterbens. Nicht Feinde vernichten die Vögel, nicht Hunger und Kälte, sie nehmen ab, weil sie sich nicht vermehren können, es fehlt ihnen an Nistgelegenheiten. Das Unterholz wird in der Dorfwirtschaft, im Land- und Gartenbau weg- geschlagen, im Gebüsch abgerodert oder nisten gerade unsere besten Sänger, wie Nachtigall, Kuckuck, Grasmücken usw. Die kranken und hohen Bäume werden gefällt, Baumhöhlen sind aber gerade unseren nützlichsten Vögeln, wie Weihen, Spechten, Eulen usw. unentbehrlich. Wollen wir den Nützigen unserer Vögel aufhalten, so ist das weitaus wichtigste, ihnen wieder Nistgelegenheiten zu verschaffen. Es geschieht das durch Anpflanzen von dichten, dornendurchsetzten Gebüsch und durch Auf-

hängen von Nisthöhlen". Doch sind nur die sogenannten „v. Berlesch- schen Nisthöhlen" brauchbar, das sind heuligartig ausgehöhlte und abgedeckte Baumstübe mit einem Einflugloch oben. Die Höhlung muß unten in eine späte Mulde ausgehen. Überall, wo man diese beiden Maßregeln getroffen hat, hat sich auch alsbald eine bedeutende und immer steigende Zunahme der Vögel bemerkbar gemacht. Schaffen wir also in dieser Weise den Vögeln Nistgelegenheiten, so ist der Erfolg sicher. Wir wollen aber nicht nur die Vögel, sondern unsere gesamte Tierwelt erhalten. Wir vergeben dem Eichelhäher keine gelegentlichen Sünden an Vögel, denn wir wollen das reizende Tierchen in unsern Wäldern nicht missen. In manchem Einzelfall zwar ist ein Vorgehen gegen einen allzu häufigen Räuber berechtigt, im allgemeinen darf nicht auf vollständige Vernichtung auch der sogenannten schädlichen Tiere gedrungen werden, denn auch sie beschönern und beleben unsere Natur, sind charakteristische Gehalten unserer Heimat. Unsere Tätigkeit soll aufbauend, nicht zerstörend wirken. Liegt uns so die gesamte Tier- welt am Herzen, so ist es doch berechtigt, den Vogelschutz an die Spitze der Arbeit zu stellen. Die Maßregeln für den Vogelschutz aber können auch den anderen Tieren zu gute. Im Gebüsch, was wir empfinden, finden auch der Jagd und das Wild Bedeutung, und hier können angelegt die Pflanzen blühen und gedeihen, die viele farbenprächtige Schmetter- linge und andere Insekten zu ihrem Leben brauchen. Ein „Vogelschutz- gebüsch", durchsetzt und umgeben von blühenden wilden Rosen, ist ein herrlicher Anblick. Herrlich vor allem dadurch, daß es uns ein Stück un- beruhigter Natur vorführt. Und das ist es, was wir zur Erhaltung unserer Tierwelt brauchen: Fleck, unberührter Natur, Stellen, die nur der Schönheit und dem Interesse dienen, nicht zu materiellem Gewinn ausgenutzt werden. So kann schon jeder einzelne viel für den Vogelschutz tun. Hierzu aber müssen die Einzelnen genommen werden für eine Sache, deren Bedeutung ihnen noch gänzlich unbekannt ist. Dazu bedarf es einer größeren Macht, bedarf es eines Vereines. Der „Bund für Vogelschutz" will seine ganze Kraft in den Dienst dieser Arbeit stellen. Er will wie er das schon getan hat, Nisthöhlen anlegen und Nisthöhlen aufhängen. Er will bedrohte Stellen in unserem Vaterlande, deren Schönheit und Eigenart der Spekulation und Ausnutzung zum Opfer fallen sollen, ankaufen und retten. Ferner ist der Bund bestrebt, zu lehren und Liebe zur Vogel- und Tierwelt zu verbreiten. Über 10 000 Mitglieder zählt bereits der Bund. Im Kenntnis von der Vogelwelt zu verbreiten verteilt der Bund für Vogelschutz (Geschäfts- stelle Stuttgart: Jägerstraße 34) alljährlich an seine Mitglieder ein Heft, das außer dem Jahresbericht einen Abschnitt eines mit vielen bunten Abbildungen versehenen Vogelbuchs enthält. In zehn Wieder- druckungen ist die Naturgeschichte unserer Vögel vollständig. 1907 wird die letzte herausgegeben. Nach dem Schluß des Vogelbuchs, welches auch früher, soll alljährlich den Mitgliedern ein Buchlein zugestellt wer- den, das in gefälliger und fesselnder Form von den Erfolgen des Vogel- schutzes, dem Leben der Vögel und anderen Tieren und schönen Natur- stellen unseres Vaterlandes erzählt. Dafür zahlt das Mitglied 50 M jährlich, Schulkinder die Hälfte. Mit der einmaligen Einzahlung von 10 M ist man lebenslangliches Mitglied, ist für immer jeder Verpflich- tung und Zahlung ledig und genießt alle Rechte.

Wie konserviert man Schlittschuhe? Ueber die Konservierung der Schlittschuhe schreibt man dem „Wassersport": „Gewiß die meisten Schlittschuhläufer haben bereits ihrem Aerger darüber Luft gemacht, daß ihre Schlittschuhe, nachdem dieselben ihren Sommerurlaub gehalten, beim Beginn der Eisperiode teilweise oder total verrostet sind. „Ich hatte sie so schön eingeeilt!" Ja, das ist es ja eben. Rostfester Stahl eingeeilt und ein halbes Jahr und länger hingelagert, rostet immer. Es gibt nur ein Mittel, einen Schlittschuh von Rost frei zu halten, und das ist tüch- tiges Abputzen und Aufbewahren an einem absolut trockenen Ort. Das Abputzen kann man einmal während der Sommerzeit zum Heberluft wiederholen. Meine Schlittschuhe hingen beispielsweise stets über meinem Schreibtisch ohne jede Umhüllung. Ein Fingerzeig für die Behandlung der Schlittschuhe für die Winterzeit dürfte vielleicht hier ebenfalls am Platze sein. Nach dem Schlittschuhlaufen färbt man die Schlittschuhe oberflächlich mit Papier vom Schnee, trockne dieselben, zu Hause ange- langt gut ab; wische den Stahl solange mit einem trockenen Tuch ab, bis er nicht mehr beschlägt und lege die Schlittschuhe an einen warmen Ort, oder hänge sie, wie ich es mache, am Gasarm über der Maschine in der Küche auf. Nachdem die Schlittschuhe vollständig die Zimmertempe- ratur angenommen haben, putzt man dieselben einfach mit trockenem Pulver über und man wird das Vergnügen haben, nach der Eisbahn stets mit blanken Schlittschuhen gehen zu können, was ja doch ein Stolz für jeden Eisläufer ist."

Mittel gegen aufgeprungene Hände. Man schmelze 1/4 Pfund weißes Wachs, menge darunter 2 Lot Mandelöl, bereite davon eine Salbe und reibe damit jeden Abend (vor dem Schlafengehen) die Hände ein, worauf man Handschuhe anzieht. Nach kurzer Zeit sind die aufge- sprungenen Hände geheilt. Statt Wachs kann man auch Kaltaubter antwenden, die wegen ihrer Zartheit sehr empfehlenswert gegen Wunden ist. — Glyzerin, ein anderes Mittel gegen aufgeprungene Hände, wird meistens falsch angewendet, indem es in die trockene Haut der Hände ein- gerieben und nachts mit Handschuhen bedeckt wird. Das Mittel ist ungleich wirksamer, wie es die Engländerinnen meistens anwenden. Da- nach werden die aufgeprägten Hände gewaschen, abgetrocknet und in die noch geschmeidige, nicht getrocknete Haut wird ganz wenig Glyzerin (1 Tropfen auf die Oberfläche einer Hand) möglichst fest eingerieben; Anwendung von Handschuhen ist dabei überflüssig.

Wegen Lebensverfalls wurde eine 37 Jahre alte Frau aus Mert- lingen angezeigt, weil sie in einem Geschäft in der Karlstraße wieder- holt verschiedene Rübren entwendete.

Altenstein, 16. Jan. Wie die „Berl. Abendp." mitteilt, soll die Waffe, mit der der Major v. Spöck getötet worden ist, in der Aile gefunden sein. Es ist eine Parabellumpistole. Von den amtlichen Stellen wird über den Fund strenges Still- schweigen beobachtet.

Bremen, 16. Jan. (Tel.) Ueber den Mord an der unbekannten vor einiger Zeit auf einer Dufe gefundenen Frau scheinen die eingehen- den Ermittlungen nunmehr Erfolg zu haben. Auf Grund von Mit- teilungen der Polizeidirektion Dresden, der die Bekanntmachungen der hiesigen Polizeidirektion zugesandt waren, ist die Ermordete ver- mutlich die Buchdruckerswitwe Marie Kruege geborene Dulling, ge- boren am 9. April 1870 in Spittel bei Königs in Schlesien, und der Mörder vermutlich der Farmbesitzer Henry Ludwig Haas, 53 Jahre alt, geboren in Cleveland in Nordamerika. Der Mörder befindet sich auf einem nach Südamerika führenden Lloyd-Dampfer. Zu seiner Festnahme ist das Erforderliche veranlaßt. Der Mord scheint auf der Durchreise der beiden Personen nach Amerika hier im Bremischen begangen worden zu sein.

Siegen, 16. Jan. (Tel.) In der Anstößermühle bei Freudens- berg explodierte ein Dampfzessel. Drei Personen wurden durch den ausströmenden Dampf schwer verletzt. Der Sohn des Besitzers ist seinen Verletzungen erlegen.

Bochum, 16. Jan. Auf Schacht 2 der Zeche Kontordia entzün- dete sich schlagende Wetter. Bei der Explosion wurden die drei Ver- letzten Johann Hollo aus Hlhaben, Wilhelm Kemptes aus Mülheim und Wilhelm Schulte von hier getötet.

Oberhausen, 17. Jan. (Tel.) Als ein Bergmann in Olfersfeld seine Frau mit einem Kostgänger überredete, erslug er beide mit einem Beile.

Kassel, 17. Jan. (Tel.) In der Gemarkung Bacha verletz- te der Jagdhüter Nag seinen Freund Schaub, den er in der Dunkel- heit für Wild hielt, durch einen Schuß tödlich.

München, 16. Jan. (Tel.) In einer Reihe von Ortschaften bei München wurde die verurteilte Bierpreis-Erhöhung mit einem all- gemeinen Bierstreik beantwortet und abgelehnt. Die Versammlungen dazu fanden nicht im Wirtshaus sondern unter freiem Himmel statt.

Reichenberg (Böhmen), 16. Jan. (Tel.) In der verflochtenen Nacht drangen Diebe durch die Sakristei in eine hiesige Kirche ein und beraubten das Tabernakel, die Opferbüchsen und den Schrank mit den Messelchen.

Petersburg, 17. Jan. (Tel.) Der Adelsmarschall Sjer Tschicherin und die Staatsrätin Chauenko besuchten gemeinsam eine öffentliche Badeanstalt. Später wurde der Adelsmarschall tot, die Staatsrätin ohnmächtig aufgefunden. Letztere jagte aus, beide hätten gemeinsam bedeutende Quantitäten „spanische Fliegen" verschluckt. Während die Frau den größeren Teil wieder von sich gab, ist der Adelsmarschall gestorben.

Newyork, 17. Jan. (Tel.) Aus Seattle wird gemeldet, daß ein Teil des Verdecks und eine Anzahl Kästen von dem eng- lischen Dampfer „Hartfield" bei Vancouver angeschwemmt wor- den sind. Man nimmt an, daß der Dampfer mit 30 Per- sonen untergegangen ist.

Vom Wetter.

Baden-Baden, 16. Jan. Die Kälte hat hier bedeutend nachgelassen. Auf der Höhe ist die Luft sehr mild und die Tempe- ratur ungemün warm.

Speyer, 16. Jan. Wegen starken Eisganges wurde am 15. d. M. die Eisenbahnstrecke bei Speyer abgefahren. Die badi- schen Züge verkehren nur zwischen Heidelberg und Altsig- heim. Der Personenverkehr wird vorerst mit Nachen aufrecht erhalten.

Bingen, 16. Jan. Das Rheineis hatte sich gestern mittag am Kammerer bei St. Goar gestellt, ist aber um 6 Uhr abend wieder losgebrochen. Es wird kühnlich erwartet, daß das Eis wieder zum Stehen kommt. Die Nebenschiffe des Rheins sind streifenweise zugefroren. Der Wasserstand ist auf 0,73 Meter zurück- gegangen.

Buenos Aires, 17. Jan. (Tel.) In der argentinischen Stadt Paradero wüthete ein furchtbarer Chlora, dem zahl- reiche Menschenleben zum Opfer fielen. Die Mäzzernte der Um-

§ Eine seltene Weihnachtsfeier. Gelegentlich einer Christbaumfeier, die in vorverflorener Nacht in einem Gasthause in der Kaiserstraße stattfand, verlor ein Teilnehmer, ein 27 Jahre alter lediger Kellner aus Disingen nach vorausgegangenem Wortwechsel einem Zivil-Musiker einen Stuch in den Unterleib. Der Täter ging sofort flüchtig. Der lebensgefährlich Verletzte wurde, nachdem ihm ein Notverband angelegt war, nach dem Krankenhause verbracht. Der Täter hat sich gestern nachmittag bei der Kriminalpolizei gestellt, worauf er in Untersuchungshaft genommen wurde.

§ Verhaftet wurden: ein 15 Jahre alter Schneiderschilling aus Heidenheim, der am 21. v. Mts. seinem Lehrherrn in der Weistadt weglief, sich seither arbeitslos umtrieb und während dieser Zeit teils unter erschwerten Umständen Lebensmittel, Kleidungsstücke und kleine Geldbeträge stahl. — Eine stellenlose 22 Jahre alte Kellnerin aus Dettmehnen wurde gleichfalls festgenommen, weil sie in letzter Zeit aus der Ladenkasse eines Geschäfts in der Baldhornstraße mehrmals kleinere Beträge von zusammen etwa 20 M entwendete.

**Gerichtszeitung.**

— Mannheim, 16. Jan. Das Schwurgericht verurteilte den Gemeinderichter Landwirt Erhard Mülkel wegen Unterschlagung im Amt zu 5 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Unterjuchung.

— Pflersdorf, 17. Jan. (Tel.) Das Schwurgericht verurteilte die Christiane Müller, die am 3. November ihren Geliebten, den Heizer der Kaiserlichen Marine Gustav Klose, aus Eifersucht erschossen hatte, zu 3 Jahren Gefängnis.

**Lynar-Hohenau.**

hd Berlin, 16. Jan. (Tel.) Ein Zwischenfall in der Untersuchungsphase gegen den Generalleutnant a. D. Grafen von Hohenau und den Major a. D. Grafen Lynar hat sich vor der Abteilung 22 des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg abgespielt. Der Herausgeber der Militärpolitischen Korrespondenz, der Militärschriftsteller Otto von Lohberg, war vor den untersuchungsführenden Kriegsgerichtsrat der 1. Garde-Division als Zeuge in der Sache Hohenau-Lynar vorgeladen worden. Er sollte über gewisse Mitteilungen ausagen, die ihm von höheren Offizieren über die homosexuellen Verhältnisse der beiden Grafen gemacht worden waren. Unter Berufung auf das Reaktionsgeheimnis indes lehnte von Lohberg es ab, die Namen seiner Gewährsmänner zu nennen, die ihrerseits anscheinend Wert darauf gelegt haben, im Hintergrunde zu bleiben. Auf mehrfache Aufforderung des Kriegsgerichts beharrte von Lohberg bei seiner Weigerung. Darauf wurden die Akten an das zuständige Amtsgericht abgegeben und durch Beschluss dieses Gerichts wurde von Lohberg wegen Zeugnis-Verweigerung in eine Geldstrafe von 30 M erstl. 6 Tage Haft genommen.

**Der Prozeß Koeren-Schmidt.**

— Köln, 16. Jan. Unter dem Vorsitz des Landgerichts- direktors Kragenberg fand heute vor der vierten Strafkammer die Verurteilungshandlung in der Beleidigungssache des Reichstagsabgeordneten Koeren gegen den Bezirksamtmann a. D. Schmidt statt. Der frühere Bezirksamtmann von Logo, G. A. Schmidt, hatte bekanntlich i. H. die Angriffe, welche der Zentrumabgeordnete Koeren im Reichstag gegen ihn wegen Uebergriffen im Amte erhoben, durch einen in scharfsten Ausdrücken gehaltenen offenen Brief an Koeren zurückgewiesen und war deshalb in erster Instanz zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Zeugen waren in der Verurteilungshandlung nicht geladen. Die Beweisaufnahme schloß um 7 Uhr abends. Die Urteilsverkündung soll noch heute nacht erfolgen.

— Köln, 17. Jan. (Tel.) Im Prozeß Koeren-Schmidt wurde die Berufung Schmidts verworfen und Schmidt auf die Berufung Koerens hin zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

**Telegramme der „Bad. Presse“.**

— Dresden, 17. Jan. Aus zuverlässiger Quelle erfährt das „Berl. Tageblatt“: Die Prinzessin Monika von Sachsen wird vom Juni d. J. ab für immer in Dresden Aufenthalt nehmen.

hd Frankfurt a. M., 16. Jan. Heute mittag halb 2 Uhr überfuhr das Automobil des Großherzogs von Hessen, in dem er sich selbst mit seiner Gemahlin und zwei weiteren Personen befand, in Hiesburg einen 10jährigen Knaben. Da das Automobil sehr langsam fuhr, sind die Verletzungen des Knaben nur gering. Der Großherzog ließ den Knaben in ein Haus bringen und wartete dortselbst, bis der Arzt erschien. Den Führer des Automobils trifft keine Schuld.

hd Brüssel, 16. Jan. König Leopold ist heute nach Paris abgereist, um sich während 14 Tagen in Behandlung des Pariser Arztes Sourel zu begeben.

Der König Leopold hat Pariser Blättern zufolge das prächtige Schloß Balincourt in Morines käuflich erworben. Das Schloß ist angeblich für die Baronin Vaughan, die morganatische Gattin König Leopolds, bestimmt.

gebung ist vollständig zerstört. Nach einer vorliegenden Meldung wurden 9 Personen getötet und 60 schwer verwundet.

**Englische Falle beim Wintersport.**

hd Glauchau, 16. Jan. (Tel.) In Adersgründl ereigneten sich gestern mehrere schwere Unfälle beim Rodeln. Drei Personen erlitten Gehirnverletzungen und eine Frau einen Beinbruch. Auch im Burgwitztal an der böhmisch-sächsischen Grenze sind beim Rodeln drei Personen verunglückt. Einer wurde der Schädel zertrümmert, die beiden anderen trugen Beinbrüche und Gehirnverletzungen davon.

— Jmenau, 16. Jan. (Tel.) Beim Rodeln vom Gabelbach verunglückten gestern Abend der Wäldnermeister Fink und dessen Ehefrau. Fink wurde schwer verletzt, seine Frau war infolge Gehirnverletzung sofort tot.

Paris, 15. Jan. Ueber den Unfall auf dem Eise, dessen Schauplatz, wie schon kurz gemeldet, einer der Seen des Bois de Boulogne in Paris war, wird weiter noch gemeldet: Trotz des Tauwetters liefen Dienstag nachmittag zahlreiche Personen Schlittschuh auf dem Eis. Richtig darf das Eis unter der Menge. Unter der geborstenen Eisschicht verschwanden dreißig Personen. Das Unglück geschah auf einer durch Warnungstafeln kenntlich gemachten und außerdem eingezäunten Stelle. Ein Mann wurde hervorgezogen, ein Mann mit einer Kopfwunde wurde ins Krankenhaus geschafft. Bei Fadelbeleuchtung suchten Taucher den Seegrund ab. Am Ufer spielten sich furchtbare Szenen ab. Bei den zunächst Vermissten handelt es sich zunächst um Frauen und Kinder. Einige ohne erkennbare äußere Verletzungen hervorgerogene Knaben und Mädchen lagen in der Birtschäft in der Nähe des Sees am Fieber darnieder. Mehrere Familien mußten, da die Kinder nicht transportfähig waren, in den Birtschäften übernachten. Ertrunken sind zwei junge Leute unter 20 Jahren, sie wurden von Tauchern aus zwei Meter Tiefe hervorgerogen.

**Wintersport im englischen Königshause.**

D. London, 16. Jan. Der Frost ist während der letzten Wochen in allen Grafschaften des nördlichen England und auch in den sogenannten Midlands außerordentlich scharf und anhaltend gewesen, ganz besonders aber in der Nähe der Ostküste, wo es lange Zeit hindurch ganz herortragend schneeförmig war. Auch in Sandringham, wo die Königin und das Kronprinzenpaar mit seinen Kindern zur Zeit residiert, gab es viel Eis. Das Schlittschuhlaufen ist nämlich bei der königlichen Familie

— Brüssel, 16. Jan. In der Deputiertenkammer wurde an Stelle Schollaerts der Deputierte Gouweaud (Katholik) mit 54 gegen 45 Stimmen zum Präsidenten gewählt.

— Tcheran, 16. Jan. Der Schah ließ telegraphisch Anweisungen ergehen, von verschiedenen Punkten Aserbeidschans Truppen zu entsenden, um den Prinzen German-Germa, der in Sardsch-Bulag eingeschlossen ist, zu entsetzen.

— Newyork, 17. Jan. Bei dem Ueberfall des Räubersführers Jean Junau landeten Rebellen in dem schwer heimgegriffenen Städtchen Conaives und nahmen von demselben Besitz. Die Regierung ergriff Maßnahmen, um den Vormarsch der Räuber auf Fort au Prince zu verhindern.

**Vom deutschen Kronprinzen.**

— St. Moritz, 17. Jan. Ge er nachmittag wurde unter dem Protektorat des deutschen Kronprinzenpaars ein ein großes Eisfest veranstaltet, das mit einem Wettbewerb verbunden war. Zum Ausklang waren zahlreiche Fährlichkeiten erschienen. Die Kronprinzessin verteilte die Preise.

— St. Moritz, 17. Januar. Der deutsche Kronprinz ist gestern von hier abgereist. Die Kronprinzessin gedenkt noch etwa 8 Tage hier zu bleiben.

— München, 17. Jan. Der deutsche Kronprinz traf von St. Moritz kommend, gestern Abend hier ein. Nach einem Besuch der Familie des Herzogs Karl Theodor in Bayern, reiste er nach Berlin weiter.

**Zur Wahlrechtsklärung des Reichstanzlers.**

hd Berlin, 17. Jan. Der Wahlverein der freiwirtschaftlichen Partei für den Landtags-Wahlkreis Rixdorf-Schöneberg veröffentlichte eine Erklärung, in der er die Bälowsche Wahlrechtsklärung als eine scharfe Präzisierung des entscheidenden Liberalismus bezeichnet.

hd Köln, 17. Jan. Der sozial-liberale Verein für Köln und Umgegend (Ortsgruppe der freiwirtschaftlichen Vereinigung) ersucht das „Berliner Tageblatt“ um Veröffentlichung der Resolution, auf die die Forderung des Reichstanzlers mit Entschiedenheit zurückweist, daß das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht mit dem Staatswohl nicht vereinbar sei.

**Zur marokkanischen Angelegenheit.**

— Casablanca, 16. Jan. General d'Amade ist gestern in Sektat eingetroffen.

— Paris, 16. Jan. (Havas.) Die in Fez erfolgte Ausrufung Muley Hafids zum Sultan machte auf die Schajastämme nur geringen Eindruck; sein Ansehen ist, seitdem die Mahalla Mebuna im Stiche ließ, sehr gesunken.

In Casablanca nimmt das Werk der Beruhigung seinen Fortgang; Handel und Wandel kehren wieder in das alte Geisse zurück. In Rabat, wo das Sammelgefäß ohne Zwischenfall verlief, herrscht vollkommene Ruhe.

— Paris, 17. Jan. Von General d'Amade ist die Nachricht eingegangen, daß nach einem Kampfe am 14. Januar die Stadt Sektat eingenommen wurde. Das Lager Muley Hafids wurde zerstört. Ein Offizier, ein Unteroffizier und 13 Soldaten wurden verwundet. Die Verluste des Feindes waren erheblich. Die Stellung bei Sektat wurde indes später von den Franzosen wieder aufgegeben. Da die Mahalla Muley Hafids auseinander gesprengt sei, könne sie die für den Marsch des Gegenkultans Muley Hafids nach Fez in Frage kommende Straße nicht mehr offen halten.

— Paris, 17. Jan. Aus Marakech wird gemeldet, daß ein in allen Moseen verlesenes Schreiben des Gegenkultans Muley Hafids zum heiligen Kriege, vornehmlich gegen die Franzosen auffordert. Auserzucht durchlaufen die Straßen und fordern die Einwohner zum heiligen Kriege auf.

Die Zahl der Soldaten jedoch nimmt beständig ab, weil sie keinen Sold erhalten. Es ist die Nachricht eingetroffen, daß Buchda ben Wagdadi die Mahalla Muley Hafids vollständig vernichtet habe und sein Zeltlager und seine Geschütze erbeutet habe.

— Paris, 16. Jan. Der Minister des Aeußern, Bignon, erklärte einem Redakteur des „Matin“, es sei schwer für ihn, irgend ein Urteil über die Proklamations Muley Hafids abzugeben, da dieses Ereignis, ob es nun Bedeutung habe oder nicht, in keiner Weise die Haltung Frankreichs ändern könne. Frankreich habe die Algeriasatte unterschrieben, welche die Souveränität des Sultans von Marokko und die Integrität seiner Besitzungen verbürge. Wer immer der Sultan sein möge, der über Marokko herrsche, die Algeriasatte behaupte ihre volle Wirkung. Frankreich habe Pflichten und Verantwortlichkeiten übernommen, die durch keinerlei innere Umgestaltung Marokkos abgeändert werden können, und Marokko habe sich Europa gegenüber Verpflichtungen auferlegt, die durch keine Umgestaltung des scheidischen Hofes beeinflusst werden können. Er werde auch in der Kammer wiederholen, was er schon oft auf der Kammertribüne erklärt habe, daß Frankreich nur ein Ziel vor Augen habe: die europäischen Kolonien in Marokko zu beschützen, die Ordnung und Ruhe an der Küste zu sichern und dafür zu sorgen, daß die Ordnung längs der algerischen Küste nicht gestört werde.

— Paris, 17. Jan. Der englische Premierminister Campbell Banerman ist aus Biarritz kommend gestern abend hier

ein efonders beliebter Sport. König Eduard war in seinen jungen Jahren nicht nur ein sehr eifriger, sondern auch ein sehr geschickter Schlittschuhläufer, und Königin Alexandra war stets als die beste Läuferin in England bekannt, sie war geradezu eine Königin in den Figurenlaufen. Man erzählt sich, daß ihre Schlittschuhe noch heute für sie immer bereit gehalten werden müssen, und daß sie immer wieder in Ordnung gebracht werden, wenn der Winter beginnt, aber sie kommt kaum mehr zum Laufen. Dafür fährt sie gern auf dem Eis in einem kleinen Schlitten, den der Prinz von Wales oder dessen Kinder gewöhnlich schieben. Sowohl der Prinz als auch seine Gemahlin sind eifrige Schlittschuhläufer, und die Kinder natürlich auch. König Eduard beschränkt sich heutzutage gewöhnlich darauf, vom Ufer aus zuzusehen, wie sich die Mitglieder seiner Familie auf dem Eise amüsieren. Die Schwäche, die seit dem bekannten Anfall im Hause Lord Rothschilds in dem Anie zurückgeblieben ist, und die Schmerzen, die er gelegentlich in dem Knöchel empfindet, den er sich vor zwei Jahren auf der Jagd verbrachte, verbieten es ihm, irgend welche Anstrengungen mit dem Bein zu machen. Ein großer Teil des Eises auf dem Reich vor dem Schloße wird alljährlich in die tiefsten Eisfelder gebracht, die der König sich auf besonderen Wunsch seiner Mutter anlegen ließ. Königin Victoria brauchte immer eine sehr große Menge Eis, und sie ließ daher in allen Schlössern, in denen sie zu residieren pflegte, außerordentlich große Eisfelder anlegen. Während des Sommers mußten in allen Räumen, die die Königin bewohnte, große Eisklumpen stehen, um die notwendige Kühle hervorgerufen, denn die Temperatur durfte niemals über einen bestimmten Grad hinübergehen, weder im Winter noch im Sommer.

**Erdbeben.**

— Hamburg, 16. Jan. (Tel.) Die hiesige Hauptstation für Erdbebenforschung registrierte gestern nachmittag 2.10 Uhr ein Kernbeben von mittlerer Stärke in einer Entfernung von ungefähr 9000 Km. Die Aufzeichnungsdauer betrug 1 1/2 Minuten.

— Triest, 16. Jan. (Tel.) Im maritimen Observatorium beobachteten gestern die seismographischen Instrumente ein Kernbeben in einer Entfernung von ungefähr 9000 Km. Das Erdbeben begann um 2 Uhr 8 Min. 59 Sek nachmittags, erreichte sein Maximum um 2 Uhr 34 Min. 3 Sek. mit einem Ausschlag von 4,4 Millimeter und war um 3 Uhr 32 Min. 26 Sek. zu Ende.

eingetroffen. Er wird eine Unterredung mit dem französischen Minister des Aeußern, Bignon, haben.

**Zur Reform- u. Revolutionsbewegung in Rußland.**

— Warschau, 17. Jan. Gestern nachmittag wurde in Lodz der Fabrikbesitzer Jakob Posenblatt beim Verlassen seiner Wohnung von einem Unbekannten erschossen.

— Bari, 16. Jan. Auf dem hiesigen Zollamt wurden 2 aus Triest kommende Kisten mit Beschlag belegt, deren Inhalt alle Eisenwaren dekoriert war, aber aus 36 M aufsergewöhren und 1000 Patronen bestand. Die Kisten sollten von einem Albanesen Podgoriza in Montenegro verhandelt werden.

Die Erläuterungen zum neuen Gehaltstarif siehe Seite 7.

**Handel und Verkehr.**

\* Mannheimer Effektenbörse vom 16. Januar. (Offizieller Bericht.) Im Verlehe standen heute: Wäz. Spar- und Kreditbank, London, Aktien zu 137 Proz. und Brauerei Schwarz Aktien zu 120 Proz. Ferner waren gelehrt: Gutzjahr-Aktien zu 92 Proz., Rockland-Zementwerke, Heidelberg, Aktien zu 147.80 Proz., Südd. Drahtindustrie-Aktien zu 125 Proz. und Zuckerfabrik Bagnhauser-Aktien zu 124 Proz.

— Mannheim, 14. Jan. Der Schiffsahrtverkehr betrug im November in den hiesigen Häfen 449.000 Tonnen, gegen 419.000 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres. Der Anteil Mannheims an der Weizeneinfuhr des deutschen Zollgebiets beträgt 20.5 %.

**Wasserstand des Rheins.**

Konstanz, Hafenpegel. 16. Jan. 2.63 m 15. Jan. 2.61 m. Schutterlnel, 17. Januar. Morgens 6 Uhr 0.89 m. Nebl, 17. Januar. Morgens 6 Uhr 1.34 m. Mainz, 17. Januar. Morgens 6 Uhr 2.75 m. gest. 0.01 m. Mannheim, 17. Januar. Morgens 6 Uhr 1.79 m.

**Vergnügungs- und Vereins-Angeiger.**

(Das Nähere bittet man aus dem Interatenteil zu erfahren.)  
Freitag den 17. Januar:  
Apollotheater. 8 Uhr Varietevorstellung.  
Leutnant. Handlungsgeh.-Verband. 9 Uhr Stammtisch Moninger.  
„Friedrichshof“. Heute spielt die ungarische Kapelle im rühmlichst bühnen. Palmengarten.  
Fußballverein. 9 Uhr Vereinsabend im Prinz Karl.  
L. A. Mandelbrotgesellschaft. 1/2 II. Monatsversammlung, Mte Dr. Prink.  
Kolozeum. 8 Uhr Vorstellung.  
Stenographenverein Stolze-Schren. 8 1/2 Uhr Vereinsabend i. gold. Adler.  
Zur Gemeinde. 8 Uhr Turnen i. Mittel u. Bzgl. in der Gentralturmhalle.  
Ber. f. Ber. b. Frauenleistung. 8 Uhr Vereinsabend in der Eintracht.

**Eine Tasse BLOSON kostet nur 12 Pfg.**

und enthält in konzentrierter Form soviel blutbildende Nährstoffe wie ein kleines Beefsteak oder zwei Eier. Ähnlichen Mittel an Billigkeit übertrifft, besonders da es nach Professor von Noorden's Versuchen, selbst in großen Quantitäten genommen (120 Gramm pro Tag), so gut wie Fleisch ausgenützt wird. Biofon schmeckt gut, ist fertig zum Gebrauch und in Apotheken und Drogerien das halbe Kilo zu drei Mark erhältlich. 8506a

Ich nehme Zeichnungen auf die  
**4% Badische Staatsanleihe von 1908**  
und die  
**4% Hamburgische Staatsanleihe von 1908,**  
beide zum Zeichnungspreise von 98 1/2 % nach den Bedingungen der veröffentlichten Prospekte speesenfrei entgegen.  
Karlsruhe, 16. Januar 1908. 1102  
Markgrafenstrasse 51.  
Heinrich Müller.

**Hoehel Kaiser-Blume**

**Pectal = Hustentod.**  
Pectal-Tabletten (patentamtlich geschützt) helfen bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Katarrhe überaus schnell, laut unabhingigen Dankschreiben aus aller Welt. In tausenden Familien liebt zur Hand. Goldene Medaillen: London, Berlin, Paris. Nr. 1. — Wenn nicht gangbar, besiedigt, wird zurück. In haben in Apotheken und Drogerien Hauptdepot für Karlsruhe: Internationale Apotheke, W. Waagen, Kaiserstraße 20. Bestand: Sal. Ems. artifice. Sal. Soden artifice. aa 003 saecher. viol. ad 1 gr. 9298a

**Geschäftliche Mitteilungen.**  
Der Winter mit Regen und Schneefällen, feuchtkalter Temperatur und eifigen Frost ist die Zeit der Erkältungskrankheiten. Besonders empfindlich ist der Mensch an den Füßen, und sind nasse und kalte Füße wohl in den meisten Fällen die Ursache vieler Krankheiten. Es ist daher Pflicht eines jeden, für warme und trodene Füße zu sorgen und es gibt hierfür als einfaches und billiges Mittel das Tragen von Gummischuhen. Die haltbarsten Gummischuhe der Welt sind die altrenommierten Petersburger mit dem Dreieck auf der Sohle; dieselben sind daher auch billig im Gebrauch. Für alle modernen Passions der heutigen Fußbekleidung, ist bei den Petersburger Gummischuhen hinreichend gesorgt, in dem sie durch mannigfache Neuerungen den jetzigen Stiefelformen angepaßt sind. 8778a

Die tägliche Suppenfrage macht oft Kopfz. brechen, namentlich bei den heutigen Lebensmittelpreisen. Dieser Sorge ist die Küche überhoben, die Maggi's Suppen vorräthig hält. Nur mit Wasser wenige Minuten gelocht, ergibt ein Würfel für 10 1/2 Teller vollständig fertiger Suppe. Eine Auswahl von mehr als 30 Sorten, wie Reis-, Nudels-, Tapioka-Julienne-, Erbs-, Grünern-Suppe usw., ermöglicht tägliche Abwechslung. Maggi's Suppen mit der Schutzmarke „Kreuzstern“ zeichnen sich durch Ausgezeichnetheit und Wohlgeschmack aus. — Anschließend an obige Ausführungen möchten wir nicht verschonen, unsere verehrlichen Leser auf den unserer heutigen Vorkaufslage beiliegenden Prospekt der Maggi-Gesellschaft noch ganz besonders aufmerksam zu machen. 500a





Aus den Erläuterungen zum neuen Gehaltstarif.

Untere Beamte.

(Fortsetzung.)

Wegen der künftigen Stellung der Sicherheitsbeamten — Gendarmen, Schutzmänner, Polizeizeugmeister, Gendarmerie- und Polizeiwachmeister — im Tarif wird hier im allgemeinen bemerkt:

Eine erhebliche Besserstellung der hier in Betracht kommenden Beamten ist zur Erhaltung eines tüchtigen Sicherheitspersonals geboten, da der mit Gefahr für Leben und Gesundheit verbundene Dienst an die Beamten große Anforderungen stellt und sie im Falle eines vermeintlichen oder wirklichen Mißgriffs bei den von ihnen oft rasch, ohne Zeit zu längerer Ueberlegung zu treffenden Maßnahmen schweren Angriffen in der Öffentlichkeit ausgesetzt sind. Die Notwendigkeit einer wesentlichen Aufbesserung ergibt sich auch aus dem nach der Zahl unzulänglichen und hinsichtlich der Befähigung und Vereiungenschaft nicht ganz genügenden Zugang zum Staats-Polizeidienst in den letzten Jahren trotz nachsichtiger Handhabung der Aufnahmebedingungen.

Die Gendarmen und Schutzmänner wurden deshalb durch die Einreihung in die Abteilung K D. 3. 1, wozu die übrigen mit ihnen bisher gleichgestellten unteren Beamten erst im Wege des Vorrückens gelangen können, im Tarifentwurf ganz besonders hervorgehoben. Die wesentliche Verbesserung dieser Beamten kommt aber auch den Polizeizeugmeistern (J D. 3. 4 c) und den Gendarmerie- und Polizeiwachmeistern (J D. 3. 3 c und 4) zu gute, da diese aus den Schutzmännern und Gendarmen im Wege der Beförderung hervorgehen. Außerdem werden die Polizeizeugmeister auch für sich eine erhebliche Verbesserung erfahren durch Vorrücken ihrer Stellen von der bisherigen Abteilung K D. 3. 2 nach der neuen Abteilung J D. 3. 4. Aus dieser weiteren Verbesserung ziehen wiederum die Wachmeister Vorteil, die im Tarifentwurf noch selbst derart eingereiht sind, daß in ihrem Höchstgehalt eine Erhöhung von 400 M eintritt.

Die Gendarmeriewachmeister haben einen Teil der Aufbesserung schon im voraus in Form von budgetmäßigen Dienstzulagen erhalten; die tarifmäßigen Dienstzulagen mit 150 M sollen künftig wegfallen. Dafür wird der Höchstgehalt um 400 M erhöht werden. Beim Einrücken in die Stellung als Wachmeister wird der Gehalt der Beamten beim normalen Vorrücken in der Regel eine solche Höhe erreicht haben, daß der Wegfall der Dienstzulagen ausgeglichen wird.

Die Dienstzulage für Verwendung im Dienste der Kriminalpolizei mit 100 M (250 M abzüglich der allgemeinen Dienstzulage von 150 M für alle Wachmeister) soll beibehalten werden. Nur vorgezogen ist eine Dienstzulage in gleicher Höhe für die beim Korpskommando verwendeten Wachmeister mit Rücksicht auf ihre besondere Dienstaufgabe. Ferner soll die bisher nur für berittene Gendarmen vorgezogene Dienstzulage von 100 M auch den Wachmeistern bei der berittenen Gendarmerie gewährt werden.

f) Polizeiwachmeister 20 Stellen. (Vergl. die allgemeine Bemerkung „Zu J 3e“)

Den vier als Oberwachmeister in den größten Städten verwendeten Beamten soll mit Rücksicht auf ihre gehobene dienstliche Stellung und ihre größere Verantwortung eine Dienstzulage von 100 M verwilligt werden.

Die Dienstzulage für ausschließliche Verwendung im Dienste der Kriminalpolizei von bisher 250 M soll wegen der großen Verantwortlichkeit und Schwierigkeit des kriminalpolizeilichen Dienstes sowie mit Rücksicht auf die den Beamten aus dieser Verwendung erwachsenden Ausgaben für Kleider zc. beibehalten werden. Die gleichen Gründe für die Bewilligung einer Dienstzulage liegen aber auch bei den bei der Fahndungsabteilung verwendeten Polizeizeugmeistern vor, weshalb auch für sie eine Dienstzulage im Betrage von 250 M vorgezogen ist.

g) Bau-, Betriebs-, Werk- und Magazinaufsicher, Maschinenwärter, Drucker, Geh.-M. I. 13 Stellen.

Unter dieser Gruppe ist in 2 Gehaltsklassen eine Anzahl von Beamten vereinigt, von denen ein geringer Grad technischer Bildung oder eine Ausbildung als Handwerker verlangt wird. Diese Beamten waren bisher zum Teil in der Abteilung K zum Teil in der Abteilung J untergebracht. Siernach sind sie auch künftig eingereiht, und zwar die Geh.-Klasse II in der Abteilung K I, die Geh.-Klasse I in der Abteilung J 3. Die Stellen sollen nach dem Normaltarif vergütet werden, so daß also jedem Beamten dieser Gruppe das Vorrücken in die Klasse I möglich ist. Der Gehalt beginnt mit 1300 M und steigt bis auf 2200 M; darnach erfahren alle hier in Betracht kommenden Beamten eine — zum Teil sehr erhebliche — Erhöhung des Höchstgehalts und der weitaus größte Teil auch eine — ebenfalls teilweise recht erhebliche — Erhöhung des Mindestgehalts.

h) Oberaufseher bei der Steuer- und Zollverwaltung 121 Stellen.

Zu die Stellen der Oberaufseher rücken von den Aufsehern nur die tüchtigsten und brauchbarsten auf, diejenigen bei der Zoll- und Reichsteuerverwaltung nur nach Ablegung einer Prüfung oder im Falle ihrer Verwendung als Vorgesetzte einer zahlreichen Mannschaft; dadurch ist die verhältnismäßig reichliche Aufbesserung begründet.

Für die Oberaufseher bei der Landessteuerverwaltung in den 5 größten Städten ist eine Dienstzulage von 100 M vorgezogen, da diese Beamten einen wichtigeren und schwierigeren Dienst haben, als die übrigen Oberaufseher der Landessteuerverwaltung.

i) Gehilfen bei Ortsstellen der Bezirksfinanzverwaltung 77 Stellen.

Diese Gehilfen waren schon bisher in die Abteilung J D. 3. 9 eingereiht.

k) Zolleinnehmer, Geh.-M. I. 12 Stellen.

Die Zolleinnehmer, bisher K D. 3. 6, sind in zwei Klassen eingeteilt, unter Einreihung in die Abteilungen K D. 3. 1 und J D. 3. 3 und unter Verteilung der Stellen nach dem Normaltarif. Da die Zolleinnehmer aus der Zahl der tüchtigeren Grenzaufsicher hervorgehen, mußte ihre untere Klasse in derselben Abteilung untergebracht werden, wie die obere Klasse der Grenzaufsicher (K I). Die erste Klasse der Zolleinnehmer wurde den Oberaufsehern bei der Zollverwaltung (J D. 3. 3h) gleichgestellt, weil künftig das Einrücken in diese Stellen von der Ablegung der Prüfung für Oberaufseher abhängig gemacht

werden soll. Die Hervorhebung der wichtigeren Zolleinnehmer stellen war erforderlich, weil infolge der Einführung des neuen Zolltarifs an die Zolleinnehmer bei größeren Ämtern erhebliche höhere Anforderungen gestellt werden als früher, und weil die Stellen deshalb auch mit besser vorgebildeten Beamten besetzt werden müssen. Die bisher für die 6 wichtigsten Stellen gewährten Dienstzulagen von je 150 M sollen künftig wegfallen, da diese Stellen durch Einreihung in die Klasse I genügend hervorgehoben werden können.

l) Hafenmeister 9 Stellen.

Die bisherigen Hafenmeistergehilfen (K 3), die z. Zt. nur in Mannheim vorkommen, sollen künftig mit Rücksicht auf ihre verantwortungsvolle und umfangreiche Tätigkeit unter der Bezeichnung Hafenmeister alle den Oberaufsehern der Zollverwaltung (J D. 3. 3h) gleichgestellt werden. Ein Teil dieser Beamten steht ihnen jetzt schon gleich. In derselben Weise soll der Hafenmeister in Konstanz (bisher J 4) behandelt werden, dessen Dienst weder schwieriger noch umfangreicher ist, als der Dienst der bisherigen Hafenmeistergehilfen in Mannheim.

Wegen des ersten Hafenmeisters in Mannheim vergl. H D. 3. 2b.

m) Vorseher von Stationsämtern IV, 86 Stellen.

Die Vorseher dieser Beamten von der bisherigen Abteilung K D. 3. 1 nach der neuen Abteilung J D. 3. 3 erfolgte im Hinblick auf den Umfang ihres Dienstes als Vorseher von Stationsämtern IV.

Wegen des Wegfalls der Aufnahme eines Vertanfschlages für wandelbare Bezüge und für Dienstkleidung in den Einkommensanfschlag der Beamten unter e, f, h und m vergl. Ziffer III.

Zu J D. 3. 4.

Künftige Beamtenzahl 549.

(Männliche Beamte 524).

(Weibliche 25).

Unter obiger Ordnungszahl erscheinen künftig:

a) Aufseher und Wärter bei staatlichen Anstalten, Geh.-M. I. 142 Stellen.

Die Aufseher und Wärter bei staatlichen Anstalten waren bisher sehr verschieden behandelt; am besten waren die Aufseher bei Strafanstalten, Regiegefängnissen und Besserungs- und Erziehungsanstalten bedacht, während die Wärter bei Heil- und Pflegeanstalten und Hochschulanstalten am schlechtesten gestellt waren. Die ersteren fanden ihre erste etatmäßige Anstellung in der Abteilung K D. 3. 4 und rückten als Aufseher I. Klasse nach der Abteilung J D. 3. 10 vor, während die letzteren in die Abteilung K D. 3. 11 eingereiht waren und darüber nicht hinaus kamen. Der Dienst der Wartebeamten bei Heil- und Pflegeanstalten und bei den Universitätsirrenanstalten ist aber derart schwierig und anstrengend, daß die Gleichstellung dieser Beamten mit den Aufsehern an den Strafanstalten usw. bei dem jetzt gegebenen Anlaß nicht zu vermeiden ist. Es wurden deshalb sämtliche Aufseher und Wärter bei staatlichen Anstalten in eine Gruppe zusammengefaßt und in 2 Klassen eingeteilt, die in die Abteilungen K D. 3. 2 und J D. 3. 4 unter Verteilung der Stellen nach dem Normaltarif eingereiht sind. Bei dem dermaligen Beamtenstand wird es voraussichtlich möglich sein, die Beamten durchschnittlich in etwa 9 bis 13 Jahren von der etatmäßigen Anstellung an gerechnet in die Geh.-Klasse I vorrücken zu lassen. Die größte Verbesserung erfahren hierbei die Wärter zc. bei den Heil- und Pflegeanstalten; aber auch die bisher viel günstiger gestellten Aufseher bei Strafanstalten zc. verbessern sich sowohl durch die Erhöhung des Mindestgehalts in der Geh.-Klasse II um 250 M als auch durch die Erhöhung des Höchstgehalts in der Geh.-Klasse I um 150 M ganz erheblich.

Den 4 Aufsehern beim Landesgewerbeamt und bei der Amtsgewerbebehörde die ihnen im bisherigen Tarif zugehandene Ausnahmestellung auch im neuen Tarif wieder einzuräumen, liegt kein ersichtlicher Grund vor; der Höchstgehalt dieser Beamten wird künftig 2000 M statt bisher 2100 M betragen.

Bei den weiblichen Aufsehern- und Wartebeamten liegen die Verhältnisse ganz ähnlich, wie bei den männlichen Beamten. Infolge der Gleichstellung der Beamten beider Art nach Maßgabe des § 4 des Entwurfs der Gehaltsordnung gilt für die Verbesserung der weiblichen Beamten das wegen der Verbesserung der männlichen Beamten Gesagte ebenfalls.

Wegen der weiblichen Beamten vergl. auch die Erläuterungen zu § 4, § 17 Absatz 2 und § 18 des Entwurfs der neuen Gehaltsordnung.

Die bisher bewilligten Dienstzulagen der Aufseher für Leitung eines Gewerbezweiges mit je 100 M sollen mit Rücksicht auf die besondere Stellung dieser Beamten auch künftig beibehalten werden. Neu vorgezogen ist eine Dienstzulage im gleichen Betrage für Aufseher, die größere Naturalbestände zu verwalten haben, da an diese Beamten erhöhte Anforderungen bezüglich der Geschäftsgewandtheit, Pünktlichkeit usw. gestellt werden.

Die bisherigen tarifmäßigen Dienstzulagen von 50 M für Bejorgung des Wehnerdienstes sollen in budgetmäßige umgewandelt werden.

Die tarifmäßigen Dienstzulagen der Gärtner und Brunnenmeister mit 100 M sollen wegen der Gehaltserhöhung künftig wegfallen.

b) Oberpedelle 5 Stellen.

Die Oberpedelle sind im Tarifentwurf für sich aufgeführt, da sie wegen ihrer eigenartigen Stellung nicht wohl in eine größere Beamtengruppe eingereiht werden können. Ihre Einordnung in die Abteilung J D. 3. 4 entspricht ungefähr ihrer bisherigen Stellung im Tarif.

Den Oberpedellen wurde bisher der Betrag des wandelbaren Einkommens ohne Freiteil auf den Gehalt angerechnet. Da nach der sehr weitgehenden Bestimmung im § 24 Abs. 1 der Gehaltsordnung eine solche Anrechnung künftig kaum mehr stattfinden wird, werden sie in der Belastung des vollen Gehalts neben den wandelbaren Bezügen eine ganz namhafte Verbesserung ihres Dienstverdienstes erfahren.

c) Polizeizeugmeister 55 Stellen. (Vergl. die allgemeine Bemerkung „Zu J 3e“)

Wegen der Dienstzulagen wird auf die Ausführungen zu J 3f verwiesen.

d) Schiffs- und Fischereiaufsicher, 1 Stelle.

Die Einreihung erfolgt nach der bisherigen Bewertung der Stelle.

e) Zugmeister, Geh.-M. II 297 Stellen. (Vergl. „Zu H 3g“)

f) Wagenrevidenten 39 Stellen.

g) Steuermänner 10 Stellen.

Die Wagenrevidenten wurden mit Rücksicht auf ihre gewerbliche Ausbildung und die Verantwortlichkeit ihres Dienstes, die Steuermänner im Hinblick auf die Schwierigkeit ihres Berufes und die damit verbundene Verantwortung und Anstrengung von der bisherigen Abteilung K D. 3. 1 in die neue Abteilung J D. 3. 4 vorgezogen.

Die erste etatmäßige Anstellung der Beamten findet in diesen Stellen in der Regel nicht statt.

Wegen des Wegfalls der Aufnahme eines Vertanfschlages für wandelbare Bezüge und für Dienstkleidung in den Einkommensanfschlag der Beamten unter a, b, c und g vergl. Ziffer III.

Zu K D. 3. 1.

Künftige Beamtenzahl 2416.

Hierunter fallen:

a) Diener, Seizer bei Zentralheizungen, Geh.-Klasse I 146 Beamte.

Die Diener waren bisher eingeteilt in Diener bei Zentralbehörden, Hochschulen zc. — K D. 3. 3 — und in Diener bei Bezirksstellen — K D. 3. 7 und 11 —. Im neuen Tarif sind für die Diener 2 Klassen vorgezogen, und zwar die Klasse II in der Abteilung K D. 3. 2 und die Klasse I in der Abteilung K D. 3. 1. Die Verteilung der Stellen soll nach dem Normaltarif erfolgen. Während aber, ähnlich wie bei den Schreibern die Einreihung im Tarif bisher davon abhängig war, bei welcher Dienststelle die Diener verwendet wurden, sollen künftig alle Diener die erste etatmäßige Anstellung in der Klasse II, K D. 3. 2, finden und die Klasse I allgemein erst im Wege der Beförderung erreichen können. Dabei sollen indessen den Dienern bei höheren Behörden die Stellen der I. Klasse im allgemeinen etwas früher zugänglich gemacht werden, als den Dienern bei niederen Behörden.

Durch die Verteilung der Diener nach dem Normaltarif kommen im ganzen 61 Stellen mehr in die Klasse I, als bisher in der Oberstufe (K D. 3. 2 und 3) waren. Hierin liegt eine wesentliche Verbesserung, denn künftig wird es auch den tüchtigeren Dienern bei Bezirksbehörden (bisher K D. 3. 7) ermöglicht, in die Klasse I mit einem gegen bisher um 350 M erhöhten Höchstgehalt einzurücken.

Eine weitere Verbesserung erfahren die Diener dadurch, daß die bisherige Anrechnung wandelbarer Bezüge auf den Gehalt nach der Bestimmung im § 24 Abs. 4 des Entwurfs der neuen Gehaltsordnung künftig wegfallen wird.

Die Dienstzulagen für Diener als Hausmeister von großen Dienstgebäuden ist gerechtfertigt mit Rücksicht auf die Verantwortung der Hausmeister und auf die aus dieser Stellung erwachsenden Mehrarbeiten. Derartige Dienstzulagen waren schon bisher einzelnen Hausmeistern durch besondere Anforderung im Budget gewährt. Diese budgetmäßigen Dienstzulagen müssen selbstverständlich mit der Einführung der tarifmäßigen wegfallen.

Den Dienern sollen die Seizer bei Zentralheizungen in staatlichen Gebäuden gleichgestellt werden, soweit diese Seizer überhaupt etatmäßig angestellt werden.

b) Laboranten an wissenschaftlichen und technischen Instituten 11 Stellen.

In dieser Stellung können nur gut befähigte Beamte verwendet werden, weshalb die Auszeichnung der Laboranten von den Dienern und die Einreihung aller Stellen unter K D. 3. 1 vorgezogen ist.

c) Gendarmen 459 Stellen.

d) Schutzmänner 468 Stellen. (Vergl. die allgemeine Erläuterung „Zu J D. 3. 3e“)

Die bisher von allen Gendarmen, die keine höheren Dienstzulagen hatten, bezogene tarifmäßige Dienstzulage von 50 M soll wegfallen.

Wegen der Dienstzulagen für Verwendung im Dienste der Kriminalpolizei und bei der Fahndungsabteilung gilt das zu J 3f Gesagte. In der Höhe dieser Dienstzulagen tritt gegen bisher keine Minderung ein, denn bei den Gendarmen ist von den bisher bewilligten 150 M die allgemeine, künftig wegfallende Dienstzulage von 50 M abzuziehen.

Die Dienstzulagen der Gendarmen für Verwendung als Fouriere und berittene Gendarmen sowie als Stationskommandanten stellen Entschädigungen für besondere Leistungen dar; sie sind deshalb beibehalten worden.

e) Güter- und Gartenaufsicher, Geh.-M. I, 7 Stellen.

Diese Beamten sind statt bisher in drei, im neuen Tarif in zwei Klassen eingeteilt unter Einreihung nach ihrer bisherigen Bewertung in die Abteilungen K D. 3. 3 und K D. 3. 4 und unter Verteilung dre Stellen nach dem Normaltarif.

f) Bau-, Betriebs-, Werk- und Magazinaufsicher, Maschinenwärter, Drucker, Geh.-M. II, 31 Stellen. (Vergl. „Zu J 3g“)

g) Steuereinnehmer, Geh.-M. III, 48 Stellen. (Vergl. „Zu H D. 3. 1c“)

h) Aufseher bei der Steuerverwaltung, 207 Stellen.

Die Aufseher bei der Steuerverwaltung gehen in der Hauptsache aus der Zahl der Gendarmen und der Aufseher bei der Zollverwaltung hervor. Ein weiteres Vorrücken ist diesen Beamten durch die Beförderung zu Oberaufsehern J 3h, 30 Stellen —, und durch Uebergang in den Steuereinnahmerdienst möglich.

i) Bag- und Lagermeister bei der Zollverwaltung 16 Stellen.

Es sind dies Stellen, in die bisher die Grenzaufsicher im Wege der Beförderung eingereiht sind, weshalb sie neben den Aufsehern bei der Zollverwaltung besonders erwähnt sind.

k) Zolleinnehmer, Geh.-M. II 25 Stellen. (Vergl. „Zu J 3k“)

l) Aufseher bei der Zoll- und Reichsteuerverwaltung, Geh.-M. I 119 Stellen.

Diese Beamten wurden bis jetzt in der Abteilung K D. 3. 7 mit 1000 M Anfangsgehalt angestellt und rückten im Gehalt bis auf 1450 M vor, falls sie nicht in höhere Stellen übernommen wurden.

(Schluß folgt.)

